Keine falschen Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis! Seite 8

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 18. Dezember 1972 6. Jahrgang 50 Pfennig



Heftige Kämpfe an den Hochschulen! Seite 8

Bericht von HDW-Kiel:

STREIK GEGEN LOHNRAUB!

Die Howaldswerke Deutsche Werft (HDW) umfasst fünf Werke in Hamburg und Kiel. HDW ist der grösste Werftenverbund in der BRD und gehört seit einiger Zeit zum staatlichen Salzgitterkonzern.

Arbeitshetze und die zahlreichen Entlassungen vor Augen. Wenn weniger Arbeiter noch mehr schuften müssen und dann noch am Lohn herumgestrichen wird, dann

Bonns Finger in Namibia

UN - Mitgliedsfähigkeit angezweifelt

Im letzten Roten Morgen berichteten wir, daß der westdeutsche Imperialismus auch nach Namibia seine Finger ausstreckt. Namibia hieß früher 'Deutsch-Südwest-Afrika' und war eine Kolonie des Deutschen Reiches. Öffentlich wurde jetzt in der UNO der Nachfolgerstaat des Deutschen Reiches, die Deutsche Bundesrepublik, der Unterstützung des Kolonialismus in Namibia bezichtigt.

Nach dem verlorenen Raubkrieg, mußte der deutsche Imperialismus 1918 seine Kolonie in Südwestafrika aufgeben. Der Völkerbund sprach der südafrikanischen Republik ein vorübergehendes Mandatsrecht zu. Seitdem sitzen die Kolonialisten und Rassisten aus Südafrika in Namibia und weigern sich abzuziehen. Aufgrund der starken Unabhängigkeitsbewegung in Namibia selbst, und aufgrund des Protestes vieler Staaten der UNO fordert jetzt die Generalversammlung der Vereinten Nationen verstärkt den Abzug Südafrikas und den Stopp aller Auslandsinvestitionen in Namibia.

"Ein Netzwerk (west-)deutscher Interessen, einschließlich wirtschaftlicher" besteht nach Aussage der britischen Außenministerin Barbara Rogers zwischen BRD—Südafrika und Namibia. Sie erklärte dies vor der UNO und meinte, ein Beitritt der BRD in die UNO könne nur erfolgen, wenn sich die BRD den Beschlüssen der UN-Vollversammlung über Namibia beuge. Weiter erklärte Barbara Rogers, Westdeutschland unterhalte als einziges Land der Welt eine direkte Flug-

Die Krisenerscheinungen im Schiffbau und die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt lässt die Bosse zu den üblichen Mitteln greifen.

ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN DEIN STARKER ARM ES WILL!



Bei HDW sieht das so aus: Seit Jahren wird den Kollegen im Mai 100 DM Tonnagegeld ausgezahlt. In diesem Betrag sind mehrere Sozialleistungen enthalten (z.B. Bankkontenbewegung, Familienverschickung). Diese Summe nun wollte die Direktion heuer von den tariflich abgesicherten 30% des 13. Monatsgehalts abziehen.

Die Arbeiter reagierten auf dieses Manöver mit heftigem Protest. Sie haben die verschärfte wird es jedem zu bunt. Sonst hat der Salzgitterkonzern übertariflich 70% des 13. Monatsgehalts für die Kollegen bei HDW ausgezahlt, jetzt will er von den 30% noch 100 DM wegsäbeln!

Mit der Empörung der HDW-Kollegen wuchs auch die Bereitschaft zum Streik. 4.000 rote Aufkleber waren im Betrieb geklebt worden, auf denen es hiess: "Gegen Lohnraub und Entlassungen, für 100 DM Tonnagegeld, 70% wie in Salzgitter." Jawohl, das waren die Forderungen der HDW-Arbeiter!

Die Kleber stammten von Marxisten-Leninisten im Betrieb, die für den Lohnkampf ein gemeinsames Vorgehen trotz verschiedener Organisationszugehörigkeit beschlossen hatten.

Am Donnerstag, den 2. 11. waren 30 Kollegen in Gaarden (HDW hat zwei Werke in Kiel-Gaarden und Diedrichsdorf) für eine Stunde in Streik getreten. Daraufhin verteilten die Genossen am Freitag gemeinsam den Streikaufruf an die Kollegen.

Fortsetzung auf S. 3

verbindung zur Verwaltungshauptstadt Namibias, Windhuk, wo auch ein Bonner Generalkonsulat steht. Rogers, die der Gesellschaft 'Freunde Namibias' angehört, nahm wahrhaftig kein Blatt vor den Mund. Sie erklärte, die 30 000 Deutschen in Namibia seien an der Aufrechterhaltung der weißen Rassistenherrschaft interessiert, da sie selbst in allen Schlüsselpositionen der Wirtschaft wie Kolonialherren leben. Diese Kolonialisten werden ständig durch einen Strom von neuen Einwanderern aus Westdeutschland verstärkt.

Man muß schon sagen, es kommt nicht alle Tage vor, daß eine Außenministerin des britischen Imperialismus solche 'anti-imperialistischen' Töne anschlägt. Da muß der britische Imperialismus ja mächtige Interessen am eigenen Vordringen in Namibia besitzen. Jedenfalls, die neokolonialistische Politik der sozial-liberalen Koalition steht wieder einmal ohne Hosen da. Diesmal vor der Versammlung der Vereinten Nationen der ganzen Welt.

DRAHTZIEHER IM HINTERGRUND

Un-Sicherheitskonferenz in Helsinki

Seite 5

WEITERE AUFRÜSTUNG UND LOHNRAUB

SPD Minister gibt Ton auf NATO-Tagung an

Wer führte den Vorsitz der 'Europa-Gruppe' der Tagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel? Der ehemalige Gewerkschaftsboss und jetzige SPD-Minister Leber! Unter seiner Regie wurde ein Plan für die 'Streitkräfteplanung' der NATO-Europäer für 1973 ausgearbeitet. Weiter als 73 soll noch nicht geplant werden. Schließlich liefen ja zum gleichen Zeitpunkt in Helsinki die Verhandlungen zur 'europäischen Sicherheit und Entspannung' an. Wer will denn schon so offen zeigen, wie wenig ernst er's mit solchen Verhandlungen meint!

Aber trotzdem betonte Leber nochmals: die Brandt/Scheel-Regierung "verfolge nichts, was mit Maßnahmen der Schwächung (der Rüstung) vergleichbar wäre" (Süddeutsche Zeitung vom 6.12.). Und das stimmt. So trug Leber den NATO-Kriegern vor, daß 'zusätzliche Verteidigungsanstrengungen' der zehn europäischen NATO-Länder in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar (5,5 Milliarden DM) für 73 notwendig seien. Der westdeutsche Militarismus wird davon allein 45 %, das heißt etwa 2,3 Milliarden Mark übernehmen. Schließlich geht es vor allem auch um den Ankauf von 387 Kampfpanzern, weiteren 1610 Panzerfahrzeugen und der 'durchgreifenden Modernisierung' der Panzerverbände im 'europäischen Mittelabschnitt'. Und wer hat im 'europäischen Mittelabschnitt' heute die größte Panzerarmee der NATO, eine Panzerarmee stärker als Hitlers Armee vor dem 2. Weltkrieg? – Die Bundesrepublik!

So sieht also die Politik der Herren Leber und Brandt in Bezug auf 'Entspannung und Normalisierung gegenüber dem Osten' aus: Schöne Friedensworte und angeblich friedliche Verträge mit dem Osten – aber gleichzeitig die größte Panzerarmee an der Grenze zur DDR aufbauen! Wer soll hier glauben, daß die heutigen Sachwalter der Herren Krupp und Thyssen in Bonn die Pläne des Revanchismus, die Rückeroberung der verlorenen Gebiete im Osten, aufgegeben haben?

Wer soll die Abenteuer-Politik bezahlen?

Auf der NATO-Tagung beschlossen die europäischen Krieger, die 'Wehrstrukturreform' in der Bundeswehr abzuwarten. Sie versprechen sich davon ein 'Modell' für die bessere Schlagkraft ihrer eigenen Armee. Auch hier ist eben der westdeutsche Militarismus führend. Aber auch diese 'Strukturreform' kostet Geld. Das Geld des kleinen Steuerzahlers, vor allem der Lohnsteuerzahler.

Fortsetzung auf S. 2

Weitere Aufrüstung...

Fortsetzung von Seite 1

Nachdem das angeblich kleinere Übel SPD bereits 1972 den größten Rüstungshaushalt seit Bestehen der BRD durchgebracht hat, soll im Jahr 1973 der Rüstungshaushalt wiederum 23 % des Gesamthaushalts ausmachen. Auch das verkündete SPD-Leber in Brüssel. Nicht nur, daß mit der Ankurbelung der Rüstung auch die Inflation weiter angekurbelt wird – die Werktätigen sollen auch mit direktem Lohnraub die Militarisierung Westdeutschlands bezahlen. Nach dem Motto 'Nach den Wahlen kommt das Zahlen' schlägt die SPD/FDP-Regierung folgende Reformen vor: eine Wehrsteuer für alle Jugendlichen, die den Fängen der Bundeswehr entkommen; Steuererhöhungen auf den Lohn ('nicht rückzahlbarer Konjunkturzuschlag' heißt das jetzt!) und Lohnstopp ('Stabilitätsgesetz' heißt das jetzt).

Was folgt für die arbeitende Bevölkerung aus alldem?

1. Weg mit der Illusion, die SPD sei ein kleineres Übel als die CDU/CSU in der Regierung. Hat Leber in Brüssel nicht wieder deutlich bewiesen, daß er das Geschäft des westdeutschen Imperialismus: Vorherrschaft in der NATO und weitere Militarisierung in Westdeutschland – kein bißchen weniger übel erledigt, als jeder seiner CDU-Vorgänger?

2. Die neuen Panzer-Brigaden der Bundeswehr bringen weder Frieden noch Entspannung. Sie bringen nur ein weiteres Wachsen der Großmachtsansprüche des westdeutschen Imperialismus. Und für solche Großmachtsansprüche haben Millionen Menschen auf der Welt schon mit dem Leben bezahlt!

3. Bezahlt soll auch schon heute werden. Mit geraubten Lohngroschen soll die Militarisierung Westdeutschlands vorangetrieben werden. Mit Inflationsgewinnen wollen die Kapitalisten die Rüstungsschmieden ausbauen. Auf Kosten der Werktätigen, deren Löhne und Ersparnisse zum Teufel gehen! Auch jetzt haben die Krupp und Thyssen gemeinsam mit ihren Handlangern in Bonn und in der DGB-Führung den Lohnraub durchgeplant (siehe S. 3). Die Millionen Arbeiter und Angestellten, die jetzt im Lohnkampf stehen, müssen diese Absichten durchkreuzen.

KAMPF DEM LOHNRAUB!

KAMPF DEM DREIBUND VON KAPITAL, SPD-REGIERUNG UND GEWERKSCHAFTSFÜHRERN!

KAMPF DER AUFRÜSTUNG UND MILITARISIERUNG!

WEG MIT DEN ILLUSIONEN VOM 'KLEINEREN ÜBEL SPD'!



Geschenkabonnement

für:*

Ort: ____________ Straße: ____________

Vom 1. Januar 1973 bis 31. Dezember 1973 wird der ROTE MORGEN per Postversand an obige Adresse zugeschickt. Die Überweisung des Geschenkabonnements erfolgt durch:

Name, Vorname ____________

Postleitzahl, Ort ____________

Straße ____________

Datum ____________

Unterschrift ____________

Das Geschenkabonnement wird mit obigem Abschnitt an den angegebenen Adressaten (siehe *) zugestellt, sobald 25,-- DM an **Postscheckkonto Hamburg, Nr. 26 27 67 – 203 (Verlag Ernst Aust)** überwiesen wurden. In den 25,-- DM sind alle Nummern des Jahres 1973 enthalten; sowie auch Porto.

Bestellungen an: 87 Würzburg, Postfach 612

STABILITÄTSPAKT

Kapital – SPD-Regierung und DGB-Bonzen planen Lohnraub

Einen 'Stabilitätspakt' zwischen Regierung, Gewerkschaften und 'Arbeitgeber' hat Oberkapitalist Otto Wolf von Amerongen (Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags) gefordert. Dieser Pakt – ob offiziell oder nicht – ist schon längst geschlossen. (siehe auch Artikel auf Seite 2, 3 und 4).

Amerongen fordert Brandt auf, 'Orientierungsdaten für ein stabilitätsorientiertes Verhalten der Tarifpartner' in den kommenden Lohnrunden vorzulegen. Was darunter zu verstehen ist, hat der 'Sachverständigenrat' in Bonn bereits in seinem Gutachten dargelegt: Lohnraub!

pseudowissenschaftlichen Kapitalistenlogik wirklich steht, ist, daß die 9 Milliarden zur 'Konjunkturbelebung' dienen sollen, also zur Profitbelebung.

Es ist das alte Lied. Der Staat der Kapitalisten verteilt das Geld um: aus den Taschen der Werktätigen hinein in die Ta-

porthilfe, die jetzt aus dem Epplerschen 'Entwicklungshilfe'-Ministerium fließt, ermöglicht z.B. den Kapitalisten, verstärkt Fabriken nach Spanien, Irland, Singapur, Brasilien – aber auch nach Ungarn und der Sowjetunion zu verlagern.

So soll also der 'Konjunkturaufschwung' zustande kommen. Aber eines ist schon sicher: Mit Stabilität hat das Ganze nichts zu tun. Kein Kapitalist wird daran denken, die Preisstei-

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!

16.11. Gefangene der Haftanstalt Tegel, Westberlin	10,–
16.11. G.H., Marburg	100,–
17.11. Ortsgruppe Kassel	122,30
17.11. Sammelbüchse bei Veranstaltung in Kassel	84,66
17.11. KSB/ML Dortmund	130,–
17.11. OG Kassel, Sammlung	84,66
17.11. OG Kassel	122,30
21.11 KSB/ML Westberlin	250,–

Steuererhöhung auf jeden Fall, war ja schon die Devise von SPD-Schmidt vor der Wahl. Jetzt hat man sich auf einen nichtrückzahlbaren (!) 'Konjunkturzuschlag' in Bonn geeinigt. Das klingt besser als 'Steuererhöhung', obwohl es letztlich das Gleiche ist. Mit dem zehnprozentigen Aufschlag sollen 9 Milliarden DM 'Kaufkraft abgeschöpft' werden, wie man den Lohnraub in kapitalistischer Fachsprache nennt.

Mit dieser 'Kaufkraftabschöpfung' soll angeblich Stabilität erreicht werden. Da die Werktätigen ja weniger Geld zum Ausgeben hätten, würden sie 'kritischer' einkaufen und damit die Kapitalisten zwingen, ihre Preise zu 'überdenken'. Was hinter dieser schen der Kapitalisten. Diese lassen munter damit aufs Neue produzieren.

Was aber produzieren, wo doch die Nachfrage sinkt? Nun, da gibt es ein Rüstungsgeschäft, wie es unter keiner CDU/CSU-Regierung je möglich war. Dieses Jahr allein kam an 'fester Nachfrage' für Rüstungsgüter Aufträge von 23 Milliarden aus dem Bonner Rüstungshaushalt.

Aber mit der 'abgeschöpften Kaufkraft' können die Kapitalisten auch die Betriebe 'rationalisieren', wie z.B. an der Ruhr, wo Milliarden Steuergelder den Zechenherren in den Schlund geworfen werden, damit sie äusserst profitabel Zechen schließen können. Oder die Aufstockung der Kapitalex-

gerungen aufzuhalten. Und wenn das Lager auch voll bleibt, er wird die Waren weiter so teuer wie nur möglich verscheuern. Profit bleibt Profit. Da können die Herren vom 'Arbeitgeberverband' noch so oft davon reden, sie würden auch ihren 'Beitrag' zum Stabilitätspakt leisten.

Kapitalist Amerongen ist zufrieden mit der Stabilitätspolitik der SPD/FDP-Regierung. Aber er nicht allein. Warum zogen wohl die Aktienkurse nach dem Wahlsieg der SPD/FDP am 19. November steil nach oben? Weil die Profite der Aktionäre dieser Regierung 'so gut wie vorprogrammiert' sind (Münchner Bankhaus Merk; Spiegel 50/72).

23.11. U.S. Eckernförde	10,–
23.11. Schafkopfclub, Roter Ober, München	77,–
23.11. Hamburger Hafen	190,–
23.11. KSB/ML Dortmund	45,30
24.11. Ein Kollege von Rheinstahl, Kassel	10,–
24.11. R.J., München	500,–
27.11. H.T., Herten	9,–
27.11. Genossen aus Kempten	25,–
28.11. J.B., Essen	9,–
28.11. Holger	36,39
	1815,61

Am 27.11. überwies ein Genosse aus Westberlin an die Zentrale: 3.500,–



Die Nummer des Postscheckkontos des Roten Morgen ändert sich! Sie heißt jetzt: Hamburg, 26 27 67 – 203



EUROPAS KRIEGER MAUSERN SICH

NATO-Konferenz in anderem Licht

Während in Helsinki über 'europäische Sicherheit und Entspannung' palavert wurde, trafen sich in Brüssel die Verteidigungsminister der europäischen NATO-Staaten (ausser Frankreicht und Island). Diese NATO-Tagung hat vom abreisenden US-Verteidigungsminister Laird (zuvor jahrelang in Saigon 'tätig') eine Abschiedsadresse erhalten. Darin verkündete er, die europäischen NATO-Staaten müssten in Zukunft 'grössere Verteidigunslasten' tragen.

Nun, wenn die europäischen NATO-Krieger schon mehr zahlen sollen, dann wollen sie aber auch gleichzeitig ihre eigene militärische und wirtschaftliche Position stärken. Und genau das zeigte diese NATO-Tagung deutlich. Die 'Euro-Gruppe' wird zu einer immer eigenständigeren Kraft innerhalb der NATO. 1968 gab es noch schlichte 'Arbeitsessen' der Euro-Gruppe, heute werden weitgehende Pläne geschmiedet.

So wurde bei der Tagung der Euro-Gruppe anfang Dezember eine enge 'Rüstungskooperation' der europäischen NATO-Staaten beschlossen. Die Entwicklung und der Bau der Panzer-Generation für die 80-iger Jahre soll von den westeuropäischen Kapitalisten selbst übernommen werden. Ebenso auch die Entwicklung und der Bau von Panzerabwehrraketen und ein oder zwei Europa-Raketen. Die Arbeit an einem europäischen Kampfflugzeug soll weitergehen.

Es geht also darum: Militärisch will die entstehende Grossmacht EWG auf eigenen Beinen stehen. Gleichzeitig sollen die Konzerne Westeuropas endlich jene Rüstungsprofite schlucken, die bisher nach USA flossen. Noch wird nicht in der EWG von 'Verteidigung' gesprochen. Vielleicht steht schon morgen die 'Europa-Armee'. Der wirtschaftliche und politische Zusammenschluss der westeuropäischen Kapitalisten und Imperialisten in der EWG führt auch aum militärischen Zusammenschluss. Diese Entwicklung ist vor allem auch für Westdeutschland von Bedeutung.

Frankreich, ein grosser Konkurrent der westdeutschen Konzerne im Waffengeschäft (z.B. Export von Mirago-Flugzeugen auf den Weltmarkt) ist bekanntlich nicht aktiv in der NATO. Der westdeutsche Imperialismus ist bekanntlich Führer der Euro-Gruppe der NATO. Damit ist klar, dass die dicken Happen vor allem die westdeutschen Rüstungsschmieden ergattern werden. Damit folgt also, dass der EWG- und NATO-Staat BRD weitere Vorteile gegenüber dem EWG-Konkurrenten Frankreich hat. Nicht nur in der NATO, auch in der EWG baut Bonn seine Stellung aus.

Die Militarisierung in Westdeutschland wird weiter beschleunigt werden. Die fetten Profithappen, die jetzt bei den alten Kriegsgewinnlern bei Krupp, Bölkow, Krauss-Maffei, Messerschmidt usw. durch die NATO-Aufträge in den Rachen fliegen, werden zum weiteren Aufbau der Rüstungsschmieden führen. Und das ist sicher nicht im Interesse des deutschen Volkes.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion:
43 Essen 1
Postlagerkarte A 009660

Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612

Postscheckkonto:
Hamburg; Nr. 26 27 67 – 203 (Verlag Ernst Aust)
Verantwortlicher Redakteur:
Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: vierzehntägig montags, Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement 11,– DM für ein Jahr (26 Ausgaben).
Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen.

(Bei wöchentlichem Erscheinen gelten neue Abonnementpreise).

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von S. 1

Streik gegen....

Die Direktion merkte die Stimmung im Betrieb und wollte auf einmal nur noch 50 DM abziehen. Aber zu spät. In Diedrichsdorf warfen am Freitag 300–400 Kollegen die Brocken hin. Das war die richtige Antwort auf die Spaltungs- und Abwieglungsversuche mit den 50 DM. Die Kollegen wussten: Hier ging es um mehr als die 100 Mark. Hier wollten die HDW-Bosse die Kampfkraft der Arbeiter im Hinblick auf die Metalltarifrunde und die geplanten Rationalisierungsmassnahmen brechen.

"Verklagen sollte man die Direktion!"

– solch tantenhafte Weisheiten verbreiten in solch einer Situation die D'K'P-Betriebszeitungen. Die D'K'P dachte nicht daran, entschlossen zum Streik aufzurufen. Auch der Vertrauensleutekörper zu 80% in der SPD, rührte ausser einigen vorbildlichen Ausnahmen keinen Finger. Vorher war auf einer Vertrauensleuteschulung in Kiel die Parole ausgegeben worden: 'Keinen Streik vor und nach der Wahl. Das schadet der SPD!' So fielen viele Vertrauensleute ihren Kollegen in den Rükken.

Montag, 6. November. Die Genossen von HDW verteilen ein weiteres Flugblatt zum Streik. Da D'K'P-Leute gedroht hatten, das zu verhindern, waren Genossen der Roten Zellen Kiel zur Unterstützung mitgekommen.

500 Kollegen in Gaarden legten an diesem Tag die Arbeit für 2 Stunden nieder. Am Dienstag waren es bereits 1.500 und weitere 2.000, die zwar am Arbeitsplatz erschienen, aber keinen Finger rührten. 500 Kollegen in Gaarden schlossen sich mit einem einstündigen Streik an.

D'K'P pfeift zurück

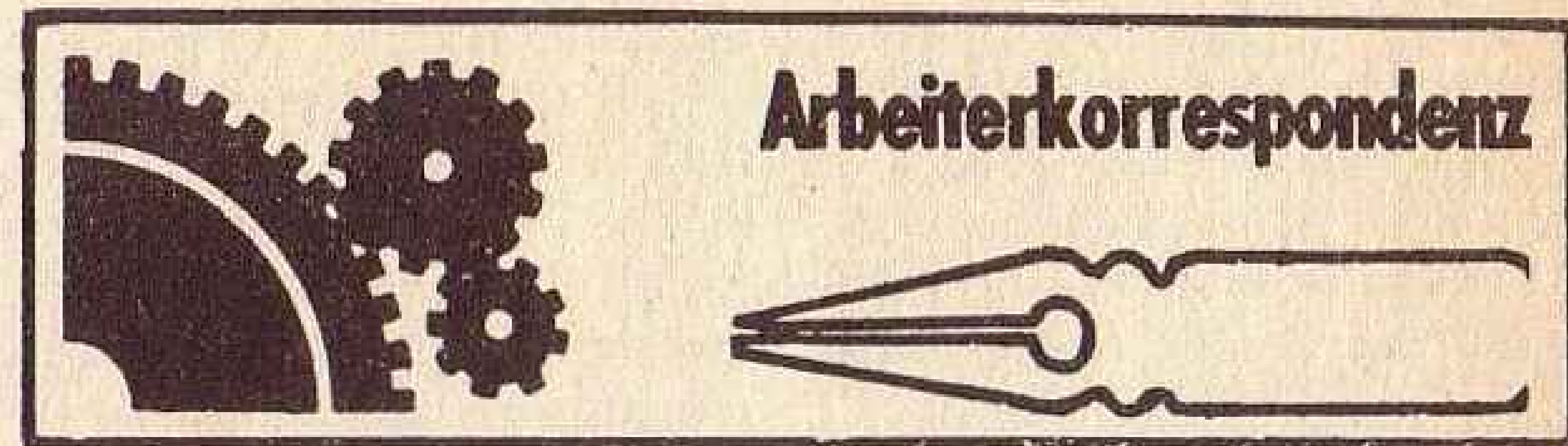
Am Montag war es bereits der D'K'P gelungen, den Streik in Diedrichsdorf abzuwürgen. Streikwillige D'K'P-Kollegen wurden von der D'K'P-Führung zurückgepfiffen. Gerade jetzt im Wahlkampf war die D'K'P-Führung auf besonderes 'Wohlverhalten' gegenüber dieser Ausbeuterordnung bedacht.

Am Mittwoch wurde aber Helmut Schlüter, Mitglied der D'K'P-Betriebsgruppe, fristlos von den HDW-Bonzen entlassen. Mag es auch klare politische Gegensätze zwischen Helmut Schlüter und uns Marxisten-Leninisten geben. Trotzdem verurteilten wir sofort in einem Solidaritätsaufruf an alle Kollegen diesen Anschlag der Kapitalisten. Viele Kollegen folgten diesem Aufruf, wurden aber von Handlangern der Direktion mit Entlassungsdrohungen auseinandergejagt. Der Höhepunkt des Streiks war überschritten. Noch einmal war es den Kapitalisten und ihren freiwilligen und unfreiwilligen Handlangern im Betrieb gelungen, die Streikfront zu spalten.

Gerade jetzt aber war es die Pflicht der Kommunisten bei HDW, den Kollegen zu zeigen, dass sich dennoch klare Beweise der Kampfstärke, der Solidarität und Entschlossenheit der HDW-Arbeiter gezeigt haben. Und auch unsere Genossen zogen Bilanz aus ihrer eigenen Arbeit: Die fortschrittlichen Kollegen müssen gewonnen werden. Bessere Arbeit im Vertrauensleutekörper. Noch schneller und mutiger die Initiative zum Kampf ergreifen.

Und den Kollegen muss aufgezeigt werden, dass unter der Führung der D'K'P kein Blumentopf zu gewinnen ist. Die D'K'P Führer kämpfen nicht wie Kommunisten, auch nicht im Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen der Kollegen! Die D'K'P hat sich erst dann an die Spitze des Streiks gestellt, als der Streik schon angefangen hatte. Die D'K'P hat zum Abbruch geblasen, als es darum ging, alle Kollegen zu mobilisieren.

Trotz vorhandener Schwächen haben dagegen die Marxisten-Leninisten richtig gehandelt. Die KPD/Marxisten-Leninisten muss und wird auf diesem Weg weiter gestärkt werden. Kämpfen wir um die Einheit revolutionärer Kollegen und aller Kommunisten in der KPD/ML!



25. 11. 72

An die Redaktion des Roten Morgen!

Bitte druckt diese Arbeiterkorrespondenz ab. Sie ist von einem Genossen geschrieben, der in der alten FDJ und später in der illegalen KPD gekämpft hat. Heute arbeiten seine Kinder in der Roten Garde mit, er selbst und seine Frau in der Stadtteilzelle der Partei. – Eine rote Familie –

Rot Front!
Genossen der Stadtteilzelle B. in L.

Die Verschuldung der Werktätigen auch im Öffentlichen Dienst nimmt zu!

Wer heute noch den Standpunkt vertritt, ein Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst, gleich ob als Arbeiter, Angestellter oder Beamter, sei krisenfest und somit vergleichbar einem 'Platz an der Sonne', – der muss sich eines besseren belehren lassen.

So hat z.B. das Bundesbahnbetriebswerk X. einen Aushang veröffentlicht, in welchem auf die zunehmende Anzahl der Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse, sowie der Abtretungserklärungen hingewiesen wird. Wörtlich heisst es da: "Sowohl das Bundesbeamtengesetz als auch die AO/Arb. und Ang. verpflichten alle Mitarbeiter, **leichtfertiges Schuldenmachen zu unterlassen.** Wer dagegen verstösst, **wird nicht der Achtung und dem Vertrauen gerecht,** die seine Stellung im öffentlichen Dienst erfordert (BBG Paragraph 54, AO/Arb. Paragraph 2 (4) und AO/Ang. Paragraph 1 (5). Er kann ggf. dienstlich zur Rechenschaft gezogen werden."

Also, ihr 'Vorbilder der Nation', schön masshalten und nach der Decke strecken. Solltet ihr trotz dieses Appells noch weiterhin in finanzielle Schwierigkeiten geraten, wird Brötchengeber 'Vater Staat' diese nachdrücklich durch Verhängung von Disziplinarstrafen aus der Welt schaffen.

KAPITAL – REGIERUNG – DGB-FÜHRUNG:

Sie orgànisieren den LOHNRAUB

Millionen Arbeiter, Angestellte, Beamte des öffentlichen Dienstes, von Druck und Papier, Eisenbahn usw. stehen im Lohnkampf. Sie melden ihre berechtigten Forderungen an. Die – offiziell genannten – 6,4% Preissteigerung verlangen eine Antwort. Diese Antwort kann nur heissen: Klassenkampf für unsere wirtschafltichen Forderungen!

Millionen Arbeiter und Werktätige haben aber auch am 19. November eine Illusion gewählt: Die SPD sei ein kleineres Übel, sei doch irgendwie 'sozial'. Jetzt kommt aber ans Licht, dass gerade diese Regierung gemeinsam mit der korrupten Gewerkschaftsführung hinter verschlossenen Türen den Lohnraub organisiert – im Interesse des Kapitals. Hätte ein CDU-Wirtschaftsminister mit Äusserungen über einen Lohnstopp sofort Warnstreiks ausgelöst, so haben die SPD-Minister – noch! – einen gewissen Spielraum.

Helmut Geiger, Bank-Kapitalist, sagte zum neugebackenen Finanz- und Wirtschaftsminister SPD-Schmidt: "Er kann die Stabilisierung mit einem Konzept schaffen, das den Leuten an den Nerv geht." Schlicht gesagt, der Herr Unternehmer meint ein Konzept, das den Werktätigen an den Geldbeutel geht.

Was meint nun die DGB-Spitze zu solchen Äusserungen, was sagen die Herren 'Arbeitnehmervertreter' zum 5,6%-Angebot der Stahlkonzernherren?

Nabs Mayr, Tarif-'Experte' der IGM: "Unsere 11%-Forderung ist unser Beitrag zur Stabilität." (Spiegel 50/72). Prompt erklärt dazu ein Sprecher der Kapitalistenverbände zufrieden: "Das sind fast Stabilitätspakt-Bedingungen." (Sp. 50/72).

Stabilitätspakt – das ist ein Wort für 'Lohnleitlinie', für LOHNRAUB!

Und was ist die Meinung der Millionen Gewerkschaftsmitglieder zu den 'Stabilitätspakt-'treuen' DGB-Führern?

Erwin Essl, Bezirksleiter der IGM in Bayern, gibt selbst zu, dass eine "Flut von Forderungen aus den Betrieben eingegangen (ist), die zum Teil erheblich über dem jetzt geforderten Erhöhungssatz von 11%" mehr Lohn liegen. Aber Essl wischt diese Forderungen vom Tisch mit der Bemerkung, die 11%-Forderung sei notwendig, "um der Bundesregierung die Herbeiführung der Preisstabilität zu ermöglichen." (Süddeutsche Zeitung).

Das kennen wir schon: 'Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage..... mit Rücksicht auf die Wahlen..... mit Rücksicht auf die Regierung.....' usw.

Dazu meint ein gelehrter Professor, Claus Köhler, vom Sachverständigenrat der Regierung: "Gewerkschafter sind ja ganz vernünftige Leute, die können das ihren Mitgliedern schon verkaufen, wenn sie sagen können: Dafür gibt's Reformen." (Spiegel, S 29)

Unser Kommentar: Am 19. November, am Wahltag, hat sicher mancher gesagt, bei der SPD gibt's wenigstens Reformen. Jetzt haben wir wieder eine dieser 'Reformen': den 'Stabilitätspakt, den Pakt des Kapitals mit Regierung und Gewerkschaftsführung zur Organisierung des Lohnraubs. Die ÖTV-ler wollen Lohnerhöhung und keine 'Reformblasen'! – "Nun", meint SPD-Schulz dazu. "Da muss Willy ran!" (Sp. S.28)

Spaß beiseite, Kollegen. Wir Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst müssen endlich begreifen, daß die gesellschaftlichen Widersprüche im kapitalistischen Staat auch vor uns nicht haltmachen. Auch unsere Löhne, Gehälter und Besoldungen reichen höchstens zur Reproduzierung unserer Arbeitskraft, schliessen jedoch jede weitere Befriedigung unserer kulturellen und sonstigen Bedürfnisse aus.

Wer von uns ist denn schon in der Lage, z.B. das 'grosszügige Angebot' der Bundesbahn betreffs der Freifahrten voll und vor allem regelmässig in Anspruch zu nehmen, ohne für den Rest des Jahres spartanisch und unter Verzicht auf andere Bedürfnisse zu leben. Oder nehmen wir (abgesehen von ein paar Extremen) die Arbeitsausfälle unserer Kollegen durch Krankheit oder Betriebsunfall.

Auf jede berechtigt durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung reagiert die Betriebsleitung mit gesteigerter Arbeitsüberlastung, wobei sie nicht vergisst, weiterhin auf unsere Kosten zu 'rationalisieren'. Und genauso wie in der 'freien Wirtschaft' die Kapitalisten, ködert auch unsere Betriebsleitung Kollegen aus unseren eigenen Reihen (und es sind nicht immer die Besten), stattet diese mit Privilegien aus und lässt uns durch sie unter Androhung sonstwelcher Massnahmen terrorisieren. Wenn wir diesen Überlastungen nicht mehr gewachsen sind und krankwerden, sind wir dann etwa faulkrank? Nein!

Kollegen! Für uns Bedienstete im öffentlichen Dienst gibt es keine Privilegien. Wir sind genauso der kapitalistischen Ausbeutung und der Krisenwirtschaft dieser Gesellschaft ausgeliefert, wie unsere Klassenbrüder in der 'freien Wirtschaft'. Und gleich ihnen können wir aus unserer Lage, dieser Misere von Entrechtung, Unterdrückung und Ausbeutung nur selbst befreien durch die gewaltsame Beseitigung der faulenden und überlebten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, durch die Errichtung und Festigung der sozialistischen Gesellschaft, unter unserer, der Diktatur des Proletariats.
(... hier gekürzt wegen Platzmangel – RM).

SO KÄMPFEN DIE IGM-FÜHRER

– GEGEN FORTSCHRITTLICHE GEWERKSCHAFTER!

Willi Hoss, 43 Jahre, Hochdruckschlosser bei Daimler-Benz, Stuttgart, seit 22 Jahren IGM-Mitglied, zehn Jahre Vertrauensmann,
Hermann Mühleisen, 42 Jahre, Bandarbeiter im gleichen Betrieb, 22 Jahre IGM-Mitglied: 15 Jahre Vertrauensmann,
Mario D'Andrea, 30 Jahre, Bandarbeiter aus Italien, 5 Jahre Vertrauensmann bei Daimler-Benz

bekamen ein Verfahren von der IGM-Führung angehängt. Begründung: 'Gewerkschaftsschädigendes Verhalten'. Alle drei waren bei den Betriebsratswahlen in diesem Frühjahr mutig aufgetreten und hatten gegen die verräterische Bonzenliste der IGM auf einer eigenen Liste kandidiert.

Alle drei wurden von den Kollegen als Betriebsrat gewählt. 3.000 Kollegen standen hinter ihnen und heute sind es noch mehr. Denn jeder hat gesehen, diese Gewerkschafter setzen sich klassenkämpferisch ein für die Interessen der Kollegen, die sind nicht gekauft!

Ihre Arbeit im Betriebsrat war wahrhaftig kein leichtes Brot. Ständig drohten die Kapitalisten mit dem Betriebsverfassungsgesetz, mit dem Entlassungen von Betriebsräten nur noch leichter gemacht worden sind. Ständig wurden sie von der Bonzen-Mehrheit im Betrieb isoliert und kaltgestellt.

Diese drei fortschrittlichen Betriebsräte bei Daimler-Benz haben jetzt das 'Urteil' der IGM-Bonzenclique erfahren. Willi Hoss und Hermann Mühleisen sind aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, Mario D'Andrea darf zwei Jahre lang nicht mehr als Vertrauensmann seiner Kollegen tätig sein!

So sieht es also mit der lieben Gewerkschaftsdemokratie aus! Dieses 'Urteil' ist nicht das Urteil der Mehrheit der Gewerkschaftskollegen im Betrieb. Dieses Urteil ist letztlich ein Urteil gegen die Arbeiterverräter in der IGM-Führung. Auch für sie gilt, was Mao Tsetung sagt: „Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf sie selbst zurück!"

Die ausgeschlossenen und gemassregelten Kollegen haben erklärt: Wir sind keine 'ausgeschlossenen Gewerkschafter'. Wir sind und bleiben Gewerkschafter. Und wir werden uns wieder zur Wahl stellen. 1975 werden noch mehr wirkliche Vertreter der Arbeiter in den Betriebsrat einziehen. Und: Den Fehler von diesem Frühjahr wiederholen die Kollegen sicher nicht mehr. Mit den 3.000Stimmen hätten viel mehr, mindestens 8 klassenkämpferische Kandidaten in den Betriebsrat gewählt werden können. Das nächste Mal wird die gewerkschaftliche Oppositionsgruppe und die Oppositionsliste bei Daimler-Benz so stark sein, daß der Bonzenbetriebsrat eine völlige Abfuhr bekommt!

Wir meinen, daß auch diese 3 klassenkämpferischen Gewerkschafter sich in der Gewerkschaftsopposition im DGB, die sich vor kurzem gegründet hat, organisieren müssen.

"Vergessen waren alle Streitereien"

Überstundenstreik in Kiel

K I E L. (RM). Am Donnerstag, den 30. 11., bekam der Bonze eines 70-Mann-Metallbetriebs in Kiel etwas von der Kraft der Arbeiterklasse zu spüren. Spätestens bis zum 30. muß nämlich das Weihnachtsgeld überwiesen sein. Aber im Betrieb hatte noch keiner Bescheid. Der Betriebsrat, der sich hier wirklich für die Interessen der Kollegen einsetzt, ging zum Alten und wollte genau wissen, wieviel der Einzelne kriegt.

"Schon alles überwiesen", wurde ihm gesagt, "aber ich kann Euch nicht sagen, wieviel jeder kriegt, weil ich keine Kontrolle darüber habe." – Da antwortete der Betriebsrat dem Alten: "Wenn wir bis um 15 Uhr nicht wissen, wieviel Geld wir kriegen, wird heute keine Überstunde gemacht."

Im Betrieb arbeitet der größte Teil der Kollegen jeden Tag 10 Stunden und den Sonnabend, um ihre Familien einigermaßen über die Runden zu bekommen. Der Boss hatte nun Angst, daß die Kollegen, wenn sie ihr Geld haben, am Sonnabend in die Stadt gehen, zum Einkaufen. Der Alte drängte nämlich in den letzten Wochen stark auf Überstunden. Ab der nächsten Woche soll sogar 12 Stunden gearbeitet werden.

Er sieht wohl die Metalltarifrunde kommen und will bis dahin sein Schäfchen im Trockenen haben. Falls es zum Streik kommt, muß er blechen, wenn er seine Liefertermine nicht einhalten kann.

Was sich im Büro abgespielt hatte, wurde leise im Betrieb geflüstert. Um Punkt 15 Uhr ging es dann wie ein Lauffeuer durch die Hallen: "Keine Uberstunden, keine Uberstunden." Viertel nach drei standen alle Maschinen still.

Vergessen waren alle Streitereien. "Alles klar, wir machen mit", sagten die Kollegen. Solidarisch gingen alle in den Umkleideraum. Die Bude war proppevoll. Alles trat sich gegenseitig auf die Füße. Die Kollegen machten viel Jux und waren ganz ausgelassen. Endlich konnte mal dem Alten gezeigt werden, woher der Wind weht.
Ein Kollege sagte zum andem: "Was, du machst auch mit?!" "Klar, ich bin immer zu gebrauchen, wenn der Alte eins aufs Dach kriegt", war die Antwort.

Einige gingen gleich nach Feierabend zur Bank. Da zeigte sich, daß der Kapitalist glatt gelogen hatte. Kein Pfennig war eingezahlt!

Kollegen, wir erleben alle täglich die Lügen und Betrügereien der Kapitalisten. Die Kieler Metaller haben hier richtig gehandelt. Anstatt zu kuschen, haben sie sich zusammengeschlossen und sie haben gesehen, wie der Kapitalist und seine gekauften Meister, die weitergearbeitet haben, blaß wurden und zitterten, als sie merkten, daß alle solidarisch waren.

Sie hätten nie gedacht, daß Arbeiter so zusammenhalten würden. Und wir können sehen, wie wichtig klassenkämpferische Betriebsräte sind. Wir brauchen Kollegen, die vorangehen und unsere Kämpfe organisieren. Solche Kollegen können nur in Opposition

Zechenbarone verdienen am Kumpelelend

- Dank SPD/FDP-Regierung -

Dortmund: Die Zechenherren drohen weiter offen mit Stillegungen von Schachtanlagen. Auf der Belegschaftsversammlung des Verbundwerks Gneisenau sagte Bonhieffer, Betriebsdirektor, daß die Schachtanlage Schamhorst 1975 stillgelegt werden soll, die Zeche Viktoria 1/2 Ende der 70-iger Jahre. (Ubrig bleiben dann: Gneisenau, Viktoria 3/4, Kurl).

Und während die Zechenherren gleichzeitig über die Kohlenhalden jammern, werden die Kumpels gehetzt wie noch nie. So ist im letzten Quartal unter Tage die Zahl der verfahrenen Uberschichten um 9 % gestiegen (im Vergleich zum Anfang des Jahres). Die Zahl der Kumpel hat aber um 611 abgenommen.



ZEITUNG DER BETRIEBSZELLE "HANS BEIMLER" DER KPD/MARXISTEN-LENINISTEN FÜR KRAUSS-MAFFEI

November 72

BETRIEBSVERSAMMLUNG:

HEIT PACK' MAS!

Jetzt sind die Wahlen vorbei. Jetzt ist Brandt gewählt. Jetzt können 'Unruhen im Betrieb' den IGM- und SPD-Bonzen keine Wahl mehr vermasseln!
Darum trauen sie sich jetzt aus ihren Büros und berufen auch bei Krauss-Maffei eine Betriebsversammlung ein.

Aber denkste nun, daß der Betriebsrat Kollenda als Haupttagesordnungspunkt die Metalltarifrunde aufstellt?
Nein! Das einzige, was der Kollenda konkret nennt, ist die Neuregelung der Gehaltsgruppen für die Angestellten. Der Rest, also 'Bericht des Betriebsrats', 'Diskussion' und 'Verschiedenes' kann alles mögliche heißen, nur nichts Genaues.
Und wenn der Kollenda die Angestellten bittet, doch recht zahlreich zu erscheinen, dann sagen wir: Nicht nur die Angestellten werden kommen, sondern:
Wir werden ALLE kommen und Hauptpunkt bei der Versammlung muß die Lohnrunde werden!
Wir sagen es nochmals:
Wir fordern für die Metalltarifrunde: 1,50 DM=20%

Diese Forderung ist auf der zweiten Konferenz der gewerkschaftsoppositionellen Gruppen verabschiedet worden. Wir stellen uns eindeutig hinter diese Forderung.
Die Herren von der Gewerkschaftsspitze dagegen wollen uns mit 60 Pfennig abspeisen. Das ist lächerlich, die gleichen

Kein Wunder, dass bei dieser Antreiberei die Gefahr von Unfällen wächst. Um den Kumpels einzureden, das liege allein daran, dass sie selber nicht aufpassen, kurvt jetzt eine Ausstellung: 'Mehr Sicherheit am Arbeitsplatz' durch die Kokereien der RAG.

Die Ruhrkohle AG frisst sich nicht nur dick und fett durch die erhöhte Ausbeutung der Kumpels, durch unsere Steuergroschen, durch den 'Kohlepfennig', den sie einführen will. Gleichzeitig sollen jetzt in sämtlichen RAG-Wohnungen die Mieten erhöht werden. 40 000 Mieter sind davon betroffen. 10 bis 50 DM monatlich mehr sollen sie den Zechenherren in den nächsten 4 Jahren in den Rachen werfen (aber in Wirklichkeit sind es noch mehr).

Nach den Wahlen kommt das Zählen – das gilt für die Ruhrkumpel ganz besonders. So viele Ruhrkumpel wie noch nie haben am 19. November mit ihrer Stimme die SPD gegen die CDU/CSU unterstützt. Gerade aber die SPD/FDP-Regierung ist es jetzt, die milliardenweise die Lohnsteuern den Zechenherren in den Rachen wirft, wenn diese die Zechen stillegen. SPD – kleineres Übel? ... Diese Illusion wird nicht lange vorhalten. Die Verschärfung des Klassenkampfes auch an der Ruhr wird dafür sorgen!

SPANISCHE KOLLEGEN VOR AUSWEISUNG!

Die Offenbacher Firma Stahlbau Lavis hat 15 spanische Arbeiter fristlos entlassen, weil sie sich gegen ein verschärftes Arbeitssystem gewehrt hatten. Ihr Sprecher wurde als erster auf die Strasse gesetzt. Wegen 'Linksradikalität'. Aus Solidarität traten sofort die übrigen 12 spanischen Kollegen in Streik. Der Kapitalist reagierte mit Entlassung der 12 Spanier.

Aber noch mehr. Der Firmeninhaber Lavis drängt auf Ausweisung der Entlassenen an das faschistische Franco-Regime. Er hat sich bereits mit dem spanischen Generalkonsulat in Verbindung gesetzt. Dabei hätte er das gar nicht nötig. Nach den geltenden Ausländergesetzen – eben verabschiedet durch die SPD/FDP-Regierung – kann das ohne weiteres die Ausländerbehörde nach geltendem Recht selbst vornehmen.

Die Information stammt übrigens aus der UZ, Zeitung der D'K'P. Was aber in der UZ nicht stand, war, dass die D'K'P keinen Finger vor der Wahl gegen die Verabschiedung der Ausländergesetze rührte. Während 15.000 deutsche und ausländische Arbeiter, Kommunisten und fortschrittliche Menschen im Oktober in Dortmund gegen die Ausländergesetze und die Abschiebungen demonstrierten, forderte die D'K'P nichts weiter, als 'ordentliche Gerichtsverfahren'. Solche 'ordentlichen Gerichtsverfahren' vor der Klassenjustiz, der Justiz der Kapitalisten, haben noch keinen 'linksradikalen' ausländischen Kollegen vor der Abschiebung gerettet.

Wo Abschiebungen bekannt werden, müssen alle Kollegen mobilisiert werden. Das ist eine vorrangige Pflicht für uns Kommunisten. Reden wir heute schon darüber mit den Kollegen am Arbeitsplatz. Wenn wie jetzt z.B. die Lohnkämpfe ausbrechen, sind unsere ausländischen Kollegen am meisten bedroht.

ORGANISIERT DIE PROLETARISCHE KLASSENSOLIDARITÄT!

DEUTSCHE ARBEITER; AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT!

zu den Verätern in der IGM-Führung stehen, die uns Verräterforderungen von 11 % vortischen. Solche Kollegen müssen noch weitergehen: Sie gehören in die Reihen der Kommunisten. Sie müssen ihre Klasse nicht nur im täglichen Kampf führen lernen, sondern zum revolutionären Sieg über die Lohnsklaverei überhaupt!

WER TREIBT QUER?

In den ersten Dezembertagen liess die IGM-Führung Giessen vor Metallbetrieben ein Flugblatt verteilen.
Das Flugblatt beinhaltete nicht etwa die Forderungen der Kollegen, es diente nicht der Organisierung der Metallarbeiter für den Tarifkampf. Weit gefehlt!

Die IGM-Führung drängte es vielmehr zu einer wilden Attacke gegen die KPD/ML. Die IGM-Spitzenleute gifteten von 'politischen Blindgängern, die von wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen keine Ahnung haben'. Während sie, die IGM-Vertreter, fest auf dem Boden der Tatsachen stünden, könnten wir noch nicht einmal auf dem Mond bestehen. Unsere Forderungen seien utopisch und unrealistisch, wir hätten auch gar kein Interesse daran, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, wir wollten sie nur mit linken Phrasen für unsere Ziele gewinnen.

Am Ende des Machwerks stand: "Die Hetzer und Quertreiber aber gehören zum Teufel gejagt!"
Letzterem Aufruf schliessen uns wir, die Genossen der Roten Betriebsgruppen bei Bänninger, Buderus und Schaffstaedt an. Die Hetzer und Quertreiber **an der Spitze der IG-Metall** gehören zusammen mit den Bossen zum Teufel gejagt!

Viele Kollegen gaben den richtigen Kommentar zu dem IGM-Flugblatt: "Die schimpfen über die Kommunisten, aber mit ihren eigenen Forderungen trauen sie sich nicht heraus!"

mit 60 Pfennig abspeisen. Das ist lächerlich, die gleichen nicht einmal den Bierpreis aus.

20 % sind bei den heutigen Verhältnissen die richtige Forderung. Nur wenn wir die durchsetzen, stehen wir so da, daß wir ohne Überstunden mit dem Lohn heute noch auskommen.

Die IGM-Führung versucht mit allen Mitteln unseren Kampf zu sabotieren:
* Sie will in Bayern einen Monat später kündigen als überall sonst!
* Sie führt für Stahl- und Metallarbeiter getrennte Verhandlungen!
* Sie ist sogar bereit, für einzelne Betriebe extra Löhne auszumauscheln!

Man will uns also hinters Licht führen. Wir müssen diese Spaltungsmanöver energisch bekämpfen. Die Kapitalisten und die IGM-Führer wollen uns doch nur Tarifgebiet nach Tarifgebiet einzeln ausbluten lassen. Wenn dann die ersten bei 7 % abgeschlossen haben, dann heißt's: "Seht her, mehr ist bei euch auch nicht drin!"
Deshalb unsere Forderungen:

GLEICHZEITIGE KÜNDIGUNG DER TARIFVERTRÄGE FÜR ALLE METALL- UND STAHLARBEITER!

TARIFLICHE ABSICHERUNG DER EFFEKTIVLÖHNE UND AUSGLEICHUNG DER LÖHNE IN DEN TARIFGEBIETEN!

Wir fordern einheitliche zentrale Verhandlungen für das ganze Bundesgebiet. Denn es gilt, die geschlossene Kampffront der 4 300 000 Metaller gegen die Metallkapitalisten zu führen. Wenn wir wie ein Mann für unsere Forderungen kämpfen, können wir sie auch durchdrücken. Schluß damit, daß die einen streiken, während die anderen 'Zuschauer' spielen sollen.

Die langen Laufzeiten der Tarifverträge in dieser Zeit der inflationären Preisentwicklung nützen ebenfalls nicht uns, sondern nur der anderen Seite, dem Kapital.

Daher unsere Forderung:

JEDERZEITIGE KÜNDBARKEIT DER TARIFVERTRÄGE!

Kommen wir alle zur Betriebsversammlung und sorgen wir dafür, daß es diesmal wirklich UNSERE Versammlung wird, und nicht eine Geschwätzdebatte zwischen Vorstand und Betriebsrat.
Sagen wir dort den Bonzen gehörig unsere Meinung und unterstützen wir tatkräftig die Kollegen, die sich wirklich für uns einsetzen!

Den Schwätzern, die nur schön daherreden können, müssen wir dagegen mal kräftig auf die Schmiergeldpfoten klopfen!

Rot Front, Kollegen, für eine kämpferische Tarifrunde!

MOSKAU SCHACHERT WEITER MIT BONN

Als 1938 das faschistische Italien und die imperialistischen Großmächte England und Frankreich dem Druck Hitlerdeutschlands nach Einverleibung der Sudetengebiete in das deutsche Reich nachgaben, geschah dies unter dem Tarnmantel des 'Selbstbestimmungsrechts' der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei. Das Münchner Abkommen wurde als wichtiger Schritt zur Erhaltung des Weltfriedens gefeiert. Die von Stalin geführte UdSSR erklärte das Abkommen als 'von Anfang an ungültig' und wies nach, daß diese brutale Erpressung und Verschacherung der souveränen Rechte der CSR durch die imperialistischen Großmächte nur den Heißhunger des deutschen Imperialismus steigern würde. Die Geschichte hat dies bewiesen. Wenige Monate später erfolgte bereits die gewaltsame Einverleibung der gesamten CSR in das 'Großdeutsche Reich'.

Das Münchner Abkommen zeigt nicht nur deutlich die Zugeständnisse der westlichen imperialistischen Staaten gegenüber den deutschen Faschisten, es ist gleichzeitig ein 'Mustervertrag' dafür, wie imperialistische Grossmächte, unter dem Vorwand, den Frieden zu sichern, die Rechte kleinerer Völker und Staaten über den Haufen fegen.

Die Bundesregierung, die sich rechtlich als Nachfolgestaat des Grossdeutschen Reiches versteht, will die Anullierung des Münchner Abkommens 'von Anfang an' nicht akzeptieren, sondern nur die heutige Ungültigkeit des Abkommens 'zugestehen'. Die Gründe dafür sind klar. Die westdeutschen Imperialisten, die Flicks, Krupps, Thyssens usw. wollen unter dem gleichen Vorwand wie Hitler 'das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der (Sudeten-)Deutschen zu verteidigen', eine bessere Ausgangsbasis für ihre revanchistischen Ziele haben. Bonn will auch keine Entschädigung für die brutale Ausplünderung des tschechoslowakischen Volks und die Hunderttausenden gefolterter und umgebrachter tschechoslowakischer Freiheitskämpfer zahlen. Bonn verteidigt hartnäckig das Prinzip, dass imperialistische Abkommen

hilfe durch die neuen Zaren im Kreml. In einigen neueren Erklärungen hat die SU jetzt zum Ausdruck gebracht, dass sie von Bonn keine 'Ungültigkeitserklärung von Anfang an' erwartet. Der Husak-Clique wurde deutlich zu verstehen gegeben, dass sie in dieser Frage einen Kompromiss mit den westdeutschen Revanchisten schliessen soll.

Dieser Schritt der Kremlzaren ist nicht verwunderlich. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben mit ihrer Theorie von der 'begrenzten Souveränität' anderer Staaten bereits die Grundlage für Verträge nach dem Muster des Münchner Abkommens geschaffen und durch den Überfall auf die CSR 1968 auch bereits klargemacht, dass sie die Rechte anderer Staaten und Völker genauso 'achten', wie andere imperialistische Grossmächte.

Die Husak-Revisionisten in der CSR kommen durch diesen sowjetischen Druck in eine schwierige Lage. Es wird ihnen schwerfallen, den Verzicht auf die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens als Voraussetzung für eine 'Entspannung und Aussöhnung mit Westdeutschland' auszugeben. Denn das tsche-

"EUROPÄISCHE SICHERHEITSKONFERENZ"

Die Drahtzieher im Hintergrund

Bei den Vorgesprächen in Helsinki erklärte US-Botschafter Val Peterson: "Die Sicherheit Europas ist von unserer eigenen untrennbar." Und: "Wir sehnen den Tag herbei, an dem Europa nicht mehr geteilt sein wird." Diese Feststellungen wurden besonders vom Botschafter der Bundesrepublik, Brunner, begrüßt. Europa wird aber solange 'geteilt' sein, wie die imperialistischen Blöcke, NATO und Warschauer Pakt, Europa beherrschen. Europa wird ständig weiter geteilt, weil auch die US-Imperialisten glauben, ihre 'Sicherheit' (sprich imperialistische Interessen in Europa) mit Hilfe des NATO-Block-Bündnisses durchsetzen zu können. Die Teilung Europas, die Teilung Deutschlands wird solange nicht friedlich überwunden werden können, wie die Bonner Revanchisten mit Hilfe von NATO und US-Imperialismus im Rücken weiterhin auf ihre Expansionspläne hoffen können.

Die ersten 'Grundsatzerklärungen' in Helsinki zeigen bereits, daß hier nicht alle europäischen Staaten wirklich als gleichberechtigte Teilnehmer auftreten können, sondern daß nach wie vor im Hintergrund sich zwei Blöcke gegenüberstehen und den Ton angeben: der NATO-Block mit dem US-Imperialismus an der Spitze, und der Warschauer Pakt mit den sowjetischen Sozialimperialisten an der Spitze. Und beide Supermächte denken nicht daran, auch nur einen Schritt zur wirklichen Entspannung in Europa zuzulassen.

Wie war es denn mit Rumänien? Die rumänischen Delegierten forderten in der Diskussion über den Status der teilnehmenden Staaten ausdrücklich, daß die Beteiligung einzelner Staaten an Bündnissen sich nicht mit der absoluten Souveränität vereinbaren lasse. Rumänien verurteilte 1968 als einziges Mitglied des Warschauer Paktes die Verletzung der Souveränität der CSR durch den sozialimperialistischen Uberfall. Rumänien fühlt sich selbst durch die sowjetischen Sozialimperialisten bedroht. Und das ist auch der Grund, warum Rumänien sich heute gegen die imperialistische

"Mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrigließ", so hieß es in Konferenzkreisen, herrschte der sowjetische Delegierte die Rumänen an: es sei doch wohl selbstverständlich, daß Rumänien ein souveränes Land sei. Was sich aber von solchen Phrasen halten läßt, zeigte sich sofort wieder einmal:

3 Stunden lang verhandelten die Warschauer-Pakt-Staaten hinter verschlossenen Türen. Der rumänische Delegierte wurde von seinem Standpunkt abgebracht. Währenddessen und im Anschluß daran begann eine Serie von Reisen und Kontakten innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten. Breshnew munkelte mit Kadar in Budapest. Es ging dabei sicher nicht allein über die fortgeschrittenen Erfahrungen der ungarischen Bourgeoisie beim Aufbau des Kapitalismus. Es ging auch um die labiler werdende 'Bündnistreue' d.h. der Gefolgschaft gegenüber Moskau. Weiterhin fuhr der polnische Revisionist Giereck in der ersten Dezemberwoche nach Bukarest. Wie bereits Gomulka 1968 versuchte, die tschechoslowakische Führung zur 'Bündnistreue' gegenüber den Kremlzaren zu be-

Staaten geplant, wo natürlich abgesprochen wird, wie alle gehorsam im Gleichschritt unter Moskaus Führung nach Helsinki marschieren sollen.

All diese Geschäftigkeit im Warschauer Pakt, die hinter den Kulissen vonstatten geht, beweist auch einmal mehr, wie zerrissen die angebliche Einheit der verschiedenen Revisionisten-Cliquen der Ostblockstaaten ist.

Entspannung durch Helsinki ?- Nie!

Der NATO-Block hat bereits im November auf der Tagung in Brüssel sein Marschprogramm für Helsinki abgestimmt. Mit Zufriedenheit sehen jetzt natürlich die NATO-Imperialisten – vor allem Washington und Bonn – daß im Block der östlichen Konkurrenten jetzt Widersprüche aufbrechen. So haben sie auch in Helsinki die Rumänen soweit unterstützt, als sie hofften, damit die Position der SU zu schwächen. Gleichzeitig aber lehnten die NATO-Staaten auch Formulierungen zur 'Blockfrage' ab, mit der z.B. verhindert worden wäre, daß die EWG als Block mit gemeinsamer Stimme in Helsinki auftreten und abstimmen kann.

Was zeigt also das erste Gerangel in Helsinki? Es zeigt, daß jetzt bereits zu Beginn der 'Sicherheitskonferenz' die ersten Beweise für den korrekten Standpunkt der albanischen Regierung geliefert werden. Die albanische Regierung begründete ihr Fernbleiben von Helsinki in ihrer Denkschrift (siehe RM Nr. 24, S. 5) unter anderem wie folgt:

auf Kosten kleinerer Länder Gültigkeit haben.

In diesen Bestrebungen erhalten die Bonner Herren jetzt Schützen-

choslowakische Volk kann darüber nicht getäuscht werden, dass dies in Wirklichkeit ein Zugeständnis an die westdeutschen Revanchisten und Kriegstreiber ist.

Blockbildung in Europa ausspricht, die die Souveränität auch der kleineren Mitgliedsländer dieser Blöcke bedroht.

Hinter den Kulissen: Drohungen!

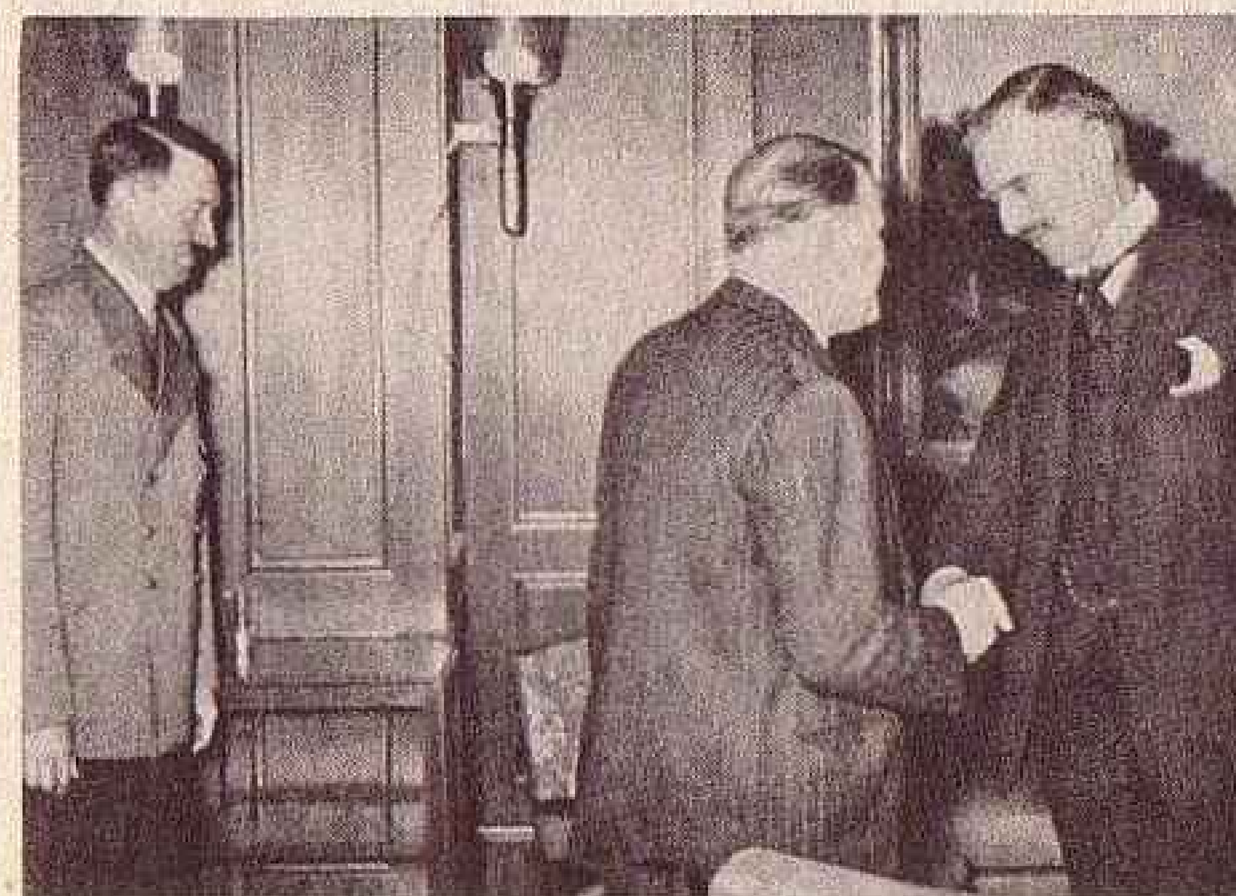
Auch auf der Konferenz in Helsinki wurde jetzt schon deutlich, daß die Kremlzaren sich keinen Fingerbreit von der 'Breshnew-Doktrin' abbringen lassen, mit der sie sich das 'Recht' zugestehen, jederzeit die Souveränität und Unabhängigkeit der Ostblockstaaten zu verletzen.

wegen, so wird er auch diesmal versucht haben, den rumänischen Ministerpräsidenten Ceaucescu zum Einlenken zu bringen. Bereits in Helsinki hatte der polnische Delegationsführer die Katze aus dem Sack gelassen, als er nach dem Streit über den 'Souveränitätsstatus' äußerte: 'Gewisse Fragen' sollten vielleicht zunächst lieber in einem anderen Kreis zur Sprache gebracht werden!

Kurz darauf meldeten sich auch der sowjetische Botschafter und der tschechoslowakische Außenminister in Bukarest zu Besuch an.

Weiterhin ist bereits eine Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-

"Eine von der Sowjetunion sowie von den Vereinigten Staaten organisierte und manipulierte Konferenz kann nicht als Forum dienen und genutzt werden, daß die Teilnehmer frei und gleichberechtigt ihre Ansicht äußern bzw. auf die Ergebnisse der Konferenz einwirken können. Ebenso ist die Hoffnung ungerechtfertigt, daß eine solche Konferenz, deren Drahtzieher die zwei Supermächte sind, die europäischen Probleme im Einklang mit dem Willen und den legitimen Bestrebungen der europäischen Völker und Länder, im Einklang mit den Interessen der wirklichen Sicherheit in Europa lösen."



Abschluß des Münchner Abkommens 1938: Daladier und Chamberlain sind sich einig: 'Hitler verspricht, nur gegen die Bolschewisten in Rußland zu marschieren und uns in Ruhe zu lassen . Das müssen wir jetzt zuhause als Friedens- und Entspannungs -Politik feiern lassen'.



1938: 'Friedens'-Propaganda unterm Hakenkreuz. Die deutsche Bourgeoisie hat Erfahrung in der 'Friedensheuchelei'.

★ ★

Der Staat der Krupp und Thyssen

Als arbeitender Mensch hat man im großen ganzen kaum einen Einblick in das Millionenspiel der oberen Zehntausend. Nur gelegentlich tut sich der Vorhang ein Stück auf und dann sieht man, wie Staat, bürgerliche Parteien, Regierung, Militär und Gewerkschaft, Presse usw. willfährige Marionetten der Monopole sind. Wie das Millionenspiel in der Praxis aussieht, das zeigt das Beispiel der Besetzung des Vorstandes bei Krupp durch Staatssekretär Mommsen.

Erst war Mommsen Boss bei Thyssen, Vorsitzender der August Thyssen Röhrenwerke AG. Von diesem gut bezahlten Posten wurde er abberufen durch die Bundesregierung. Und eines der ersten Geschäfte dieser Bundesregierung war das Öl- und Erdgasabkommen mit der Sowjetunion.

Das bedeutet Milliardenaufträge für die Röhrenproduzenten der deutschen Stahlindustrie. Und diese Röhrenproduzenten sind wiederum Thyssen und Mannesmann, die ihre Röhrenwerke in Oberhausen und Mülheim daraufhin gleich zusammenschlossen. Nun, Herr Mommsen wurde Staatssekretär im Kriegsministerium von SPD-Schmidt. Jeder weiß: Das Militär ist das Lieblingskind der deutschen Stahlkönige. Ein Viertel des Bundeshaushalts gibt es da unter anderem zu ernten. Und die Stahlindustrie ist in eben diesen Ministerien nicht nur indirekt, sondern gleich direkt vertreten. Beispiel: Herr Mommsen.

Aber Mommsen ging nun den Weg weiter und noch direkter ans dickere Euter. Denn SPD-Schmidt hatte sich zum Superminister des Wirtschafts- und Finanzministeriums hochgedient. Und dorthin nahm er natürlich auch seinen Staatssekretär Mommsen mit. Wie so die direkten Manager der Kriegsindustrie an die Milliarden Lohnsteuern kommen, sieht man auch, wenn man weiß, wohin ihn die ach so vom Kapital verfolgte SPD-Regierung wieder entließ: Man gab ihn zu treuen Händen direkt aus dem Finanz- und Wirtschaftsministerium in den Sattel des Vorstandsvorsitzes bei Krupp.

Nun weiß jeder, daß der Konzernzar bei Krupp, der Kriegsverbrecher Berthold Beitz, Bundestagsabgeordneter der CDU ist (also 'Volksvertreter') und früher engster Vertrauter von Adenauer war. Man weiß auch, daß Krupp mit aller Macht ins Ostgeschäft eindringen will. Es ist auch bekannt, daß Krupp die größte deutsche Waffenschmiede war und heute wieder dick im Waffengeschäft mitmischt. Und das trotz des Krupp-Eides, nie wieder Waffen zu produzieren.

Der Kreis hat sich vorerst geschlossen. Mommsen, von Thyssen-Röhren direkt an die Staatsquellen geholt, von dort – mit den profitablen Ostgeschäften und dem riesigen Rüstungsprogramm von 'Friedens-Willy' im Rücken zu Krupp, wo er jetzt daran geht, aus Stahl und Eisen, den Tausende Arbeiter erarbeiten, aus Röhren und Kanonen Profite zu scheffeln.

So könnte man die Zusammenhänge endlos weiterverfolgen. Aber wie gesagt, das war nur ein kurzer Blick hinter die Kulissen des westdeutschen Staates der Monopole. Der Vorhang hat sich nur für einen Moment einen Spalt breit geöffnet.

Kapitalistisches

Majestätische Unparteilichkeit der Gesetze...

In Frankreich steigt die Empörung darüber, daß der Staat und die Justiz alle Skandale einflußreicher Steuerhinterzieher und Spekulanten vertuschen. Dabei sind die Korruption und Bestechlichkeit der Behörden z.B. gegenüber den großen Baufirmen offenkundig.

Nur Arme werden vom 'Arm der Justiz' erreicht. Kürzlich wurde eine Mutter von acht Kindern ohne Federlesens hinter Gitter gesteckt. Sie hatte für eine Schuld von 78 Francs einen ungedeckten Scheck ausgestellt, weil sie in ihrer Not nicht mehr weiter wußte. Der 14-jährige Sohn der Familie beging aus Scham darüber Selbstmord.

Die Schwangerschaftsunterbrechung ist in Frankreich verboten: die 'Grand Nation' braucht Menschen als Arbeits- und Kriegsmaterial. Für die Reichen besteht das Abtreibungsverbot nur auf dem Papier, bei Arbeiterfrauen aber verfolgt die Justiz eifrig jeden Fall.

Kinder sagen die Wahrheit

1 500 Kinder in 12 Hamburger Volksschulen haben in Aufsätzen dargestellt, was sich ändern würde, wenn sie Bürgermeister wären. Einhellig schrieben sie, es gäbe dann: Billige öffentliche Verkehrsmittel, eine saubere Umwelt, billige Lebensmittel, bunte

DIE HAUPTTENDENZ IN

12 Jahre FN

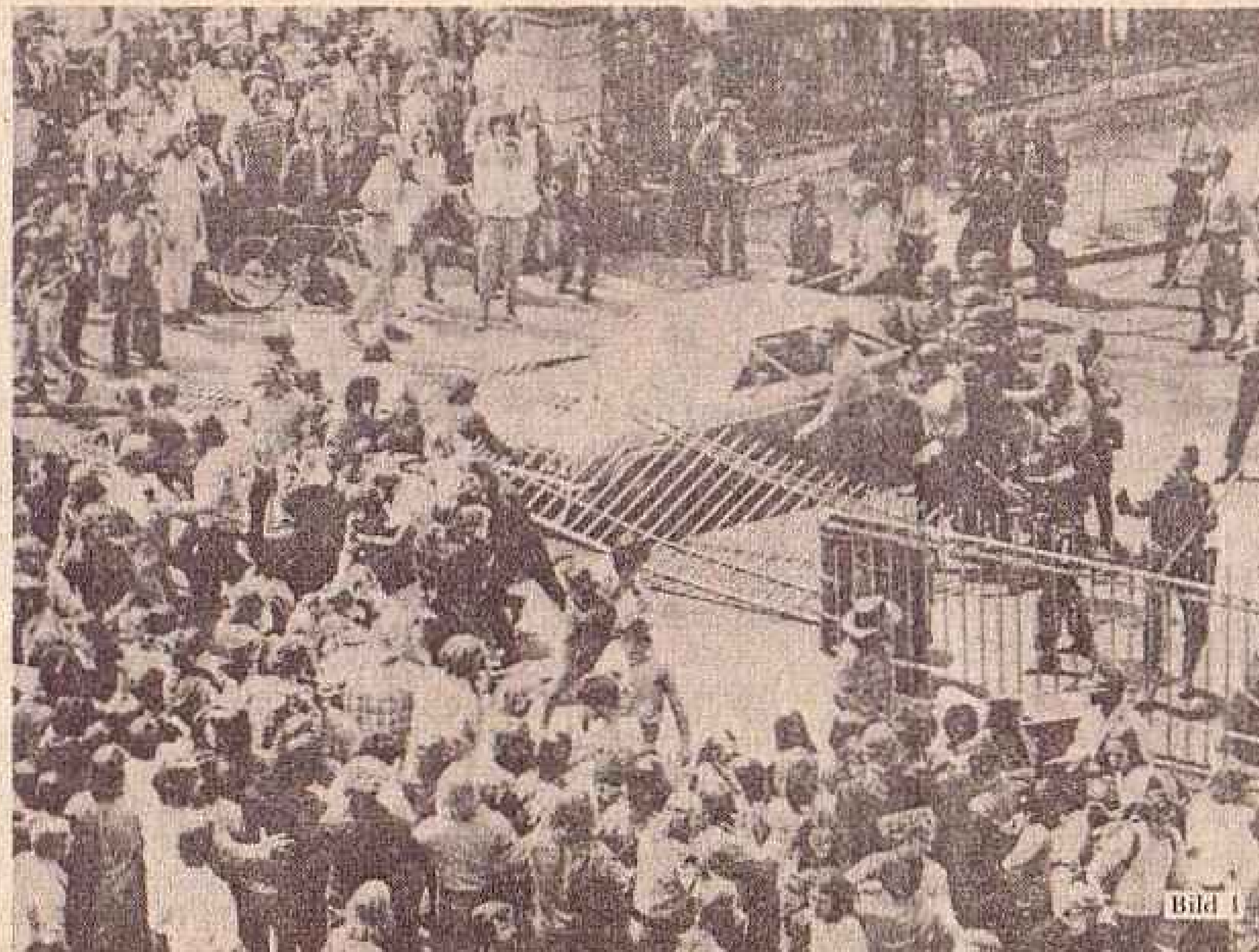

Bild 1


Bild 2


Bild 3


Bild 4

Häuser mit großen, hellen Wohnungen, keine Reichen mehr und schöne Freizeitheime, Spielplätze, Schulen und mehr Grünanlagen. Bürgerliche Wissenschaftler (Psychologen) waren enttäuscht, daß die Kinder nicht verstehen wollten, daß solche Forderungen nicht erfüllt werden können.

Man muß in der Tat schon sehr 'gebildet' sein, daß man zu dem Ergebnis kommt, die von den Kindern zu Papier gebrachten Wünsche seien phantastische Träume, eben Kindereien.

In Wahrheit ist es so, daß die Intelligenz eines Kindes ausreicht, um zu sehen, daß es keinen Mietwucher und keine Ungerechtigkeit, keine Kriege und keine Reichen, den gesamten kapitalistischen Plunder, nicht zu geben braucht.

Dieses gesunde natürliche Empfinden versucht die Bourgeoisie später vielfach durch Schule, Berufsschule, Lehrlings'ausbildung', bürgerliche Zeitungen und ungezählte andere bürgerliche Beeinflussungen umzubiegen und die Jugendlichen vom Kampf gegen dieses System abzuhalten und zu entmutigen.

Für die Kommunisten geht es darum, alle diese Einflüsse wieder zu beseitigen und das ursprüngliche Empfinden aller Unterdrückten auf eine voll bewußte Ebene zu heben.

So reden sie unter sich

Die SPD/FDP-Regierung plant einen neuen Konjunkturzuschlag, 10 % zur Lohnsteuer. Sachverständigenrat Claus Köhler, der dem DGB nahesteht, räumt Befürchtungen aus: "Gewerkschaftler sind ja ganz vernünftige Leute, die können das ihren Mitgliedern schon verkaufen, wenn sie sagen können, dafür gibt's auch Reformen." (Köhler versteht als 'Gewerkschaftler' die DGB-Bonzen).



Bild 1: Im Herzen des imperialistischen Systems – USA Minnesota.

Bild 2: Ho Tschi Minh – Unvergessener Vorkämpfer im Befreiungskampf.

Bild 3: Nachtkampf gegen die US-Invasoren.

Bild 4: Kolonne der FNL auf dem Marsch.

AKTIONEN FÜR DEN VIETNAMESISCHEN VOLKSKRIEG

DORTMUNDER GENOSSEN BERICHTEN:

Im letzten ROTEN MORGEN war ein Aufruf, den Kampf des vietnamesischen Volkes noch entschlossener zu unterstützen. Das nahmen wir uns sehr zu Herzen, denn bisher haben wir hier in Dortmund uns oft bei dieser Kampfaufgabe zu viel vorgenommen und dadurch nur wenig erreicht.
Diesmal gingen wir anders heran. Wir beschlossen, den RM-Verkauf samstags in der Innenstadt unter der Losung durchzuführen: "Unterstützt den Kampf des vietnamesischen Volkes!"

Geplant war, einen Stand aufzubauen. Die Stadt hat uns aber keinen Platz vermietet, – weil schon alles besetzt sei. So bauten wir eben Bauchläden, die wir mit gebrauchter marxistisch-leninistischer Literatur füllten, die Genossen gespendet hatten. Vor jeden Bauchladen kam ein Plakat mit Parolen und Bildern vom Kampf des vietnamesischen Volkes. Ähnliche Plakate hatten die Verkäufer des Roten Morgen umhängen.

Zwei Genossen hielten die Reden. Sie entlarvten das hinterhältige Manöver der Nixon-Bande, die Friedensregelung zu hintertreiben. Sie propagierten die sofortige Unterzeichnung des 9-Punkte-Abkommens. Sie schilderten anschaulich die Verbrechen der US-Imperialisten. Was hat der Vietnam-Krieg mit unserer Lage, unserem Kampf zu tun? – Auch darauf wurde in den Reden eingegangen. Gerade dieser Punkt fand besonderes Interesse und besonderen Applaus bei den Zuhörern.

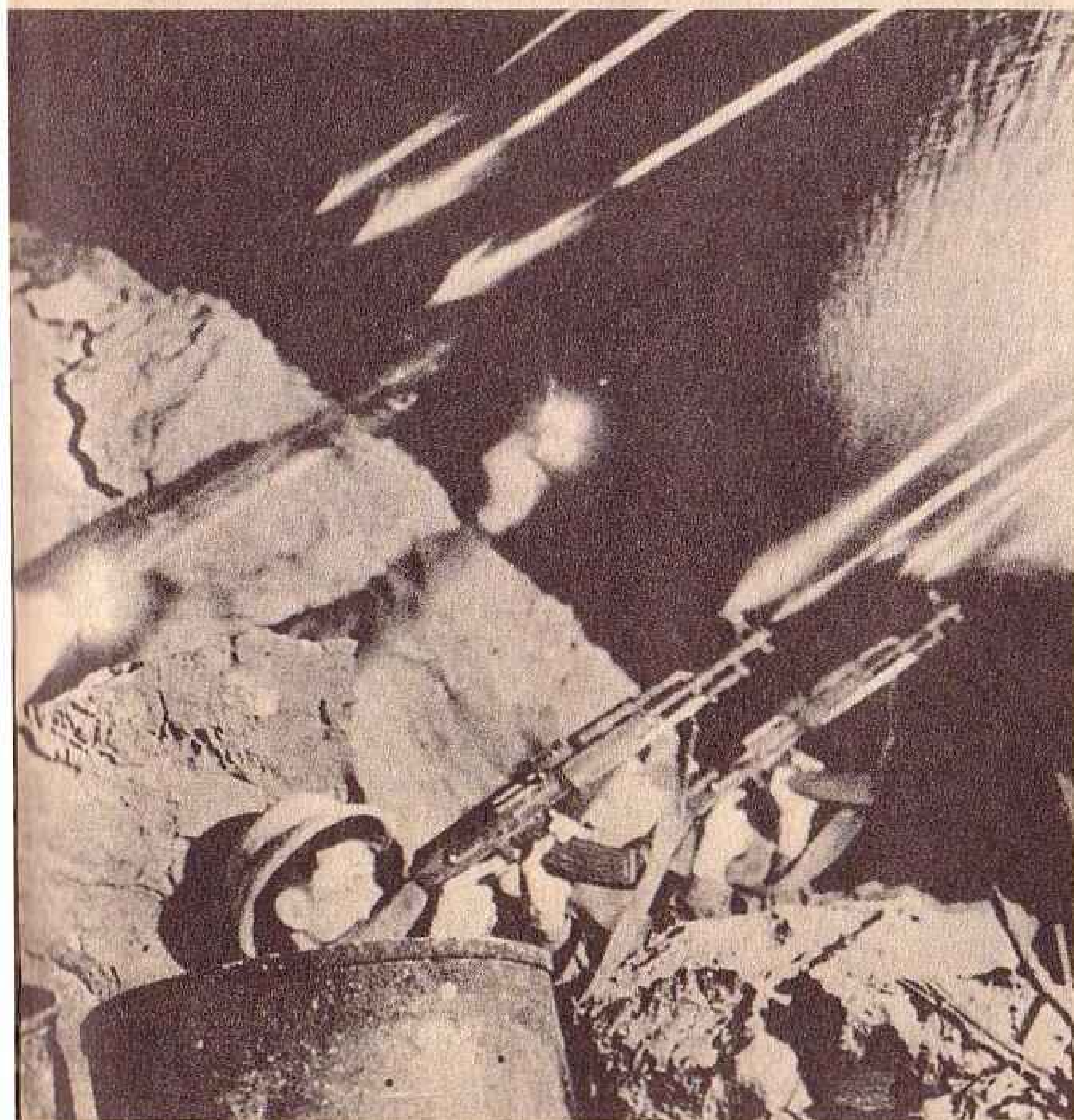
Die Genossen bildeten währenddessen mehrere Diskussionsgruppen um sich. Es wurde zu Spenden aufgefordert und der ROTE MORGEN propagiert.

Der Erfolg war großartig. Sehr viele Leute blieben stehen, schauten sich genau die Plakate und Bilder an, hörten der Rede zu und beteiligten sich an Diskussionsgruppen. Das Interesse und die Sympathie der Bevölkerung zeigte sich in vielem. In zwei Stunden wurden z.B. 70, 80 Mark für Vietnam gesammelt. Viele, die einen Roten Morgen kauften und nur großes Geld hatten, spendeten sofort den Rest für Vietnam. Fast alle bezahlten auch für die angebotene Literatur über dem verlangten Preis. Hundert Rote Morgen wurden bis zum Nachmittag verkauft.

Ohne größeren Aufwand (Flugblatt usw.) wurde ein solcher Erfolg erzielt. Das war möglich, weil wir richtig an der starken Solidarität anknüpften, die die Dortmunder Bevölkerung für den vietnamesischen Freiheitska[mpf] empfindet. Die Bevölkerung, [vor] allem die Jugend und die Arb[eiter] und Werktätigen solidarisie[ren] sich mit der eisernen Entschl[os]senheit, mit dem ungebroche[nen] Willen des Volkes von Vietn[am,] den Kampf bis zum endgülti[gen] Sieg fortzusetzen. Und das [ist] wohl eine entscheidende Ursa[che] für den Erfolg unserer Akti[on.] Keine heuchlerische 'Frieden[s]sentimentalität, wie sie die [Be]völkerung gerade von jenen Vol[ks]feinden oft erlebt, die selbst [die] US-Imperialisten unterstütz[en,] wo es nur geht. Auch kein [Ge]flenne um Frieden, mit dem [die] Revisionisten den heroisc[hen] Freiheitskampf des Volkes [v]zerren und den Protest unse[res] Volkes ins pazifistische Fa[hr]wasser ziehen wollen. Auch [das] deutsche Volk hat durch die la[nge] Geschichte des Vietnamkrie[ges] erkannt, daß das vietnamesis[che] Volk seine Kraft und Entschl[os]senheit aus seinem Haß, sei[ner] Unversöhnlichkeit gegen den [im]perialistischen Feind bezie[ht.] Und dieser Haß gegen die Vol[ks]feinde entwickelt sich auch [bei] uns. Daher die große Zustimm[ung] zur Parole:

DAS VOLK WIRD KÄMPFEN, DAS VOLK WIRD SIEGEN – DER IMPERIALISMUS WIRD UNTERLIEGEN !

ER WELT IST REVOLUTION



Irische Freiheits-kämpfer verfolgt von Lynch-Clique

Noch einmal zur Lage in Nordirland. Dort übt der britische Imperialismus ein offenes Kolonialregime aus. Nicht erst seit heute, sondern schon seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten. Seit Jahrhunten kämpft auch das ganze irische Volk um nationale Unabhängigkeit und Freiheit vom britischen Joch. Die Methoden der Unterdrückung dieses Kampfes sind vielfältig.

Besonders über Nordirland verbreitet die bürgerliche Weltpresse seit Jahren das Märchen, hier handele es sich um einen 'Religionskrieg', und die Anwesenheit der britischen Truppen wäre nur dazu da, das Schlimmste zu verhüten.

Nun, natürlich haben die Imperialisten die Religion dazu benutzt, die werktätige Bevölkerung zu spalten. Man bediente sich dazu des gleichen Mittels wie die Imperialisten in den USA. In den USA wird die schwarze Bevölkerung besonders diskriminiert, in Nordirland eben die katholische Minderheit. Wie in den USA versucht wird, von dieser Ungerechtigkeit durch die Schürung des Rassenhasses abzulenken, so wird in Irland der Religionshass hergenommen.
Und es gibt weitere Parallelen: Wie in USA, so gibt es auch in Nordirland besonders geförderte faschistische Geheimbünde im Stile des Ku-Klux-Klan. Nur heissen sie hier UDA, Vanguard, Orangemen usw.

aber die westdeutschen Kapitalisten am meisten interessiert, sind die billigen Löhne der irischen Arbeiter. Und auch dafür weiss die Lynch-Regierung zu sorgen.

Volksfeind Lynch

Es ist klar, dass die Lynch-Clique sich immer mehr den Hass des Volkes zuzog, je mehr sie das Land verkaufte (Eire ist auch assoziiertes Mitglied der EWG). Entsprechend reagierte Lynch auf jede Bewegung im Volk, die gegen den Imperialismus und seine Handlanger gerichtet war: er unterdrückt und verfolgt sie. Jetzt, als nach dem offenen Kolonialterror britischer Truppen und ihrer Faschistenbanden im Norden, das Volk im Süden sich empörte und ihren Landsleuten zu Hilfe eilen wollte, zeigte Lynch sein wahres Gesicht. Er stellte sich immer offener auf die Seite der Imperialisten und schlug gegen das Volk los.

Revisionistisches

Arbeiterfeindliche "Gewerkschaften" in Polen

Die polnischen 'Gewerkschaftsführer haben für die Arbeiter auch nicht mehr übrig, als die DGB-Bonzen bei uns. Beim Arbeiteraufstand 1970 an der Ostseeküste fehlte es allerdings nicht an Schwüren, von nun an auf die Wünsche der Zwangsmitglieder zu hören. Nach zwei Jahren Zeit ist von diesen Versprechen immer noch so gut wie keines erfüllt worden. Die polnischen Gewerkschaftsbonzen wissen eben genau wie ihre DGB-Kollegen, auf welcher Seite ihr Brot gebuttert ist. Sie verwehren den Arbeitern das Streikrecht und leiten eine 'freiwillige' Wettbewerbsbewegung der einzelnen Unternehmen an. Die 'gesunden Prinzipien der Rivalität von Unternehmen zu Unternehmen' soll 'den Kuchen für die Allgemeinheit' vergrößern. Unter 'Allgemeinheit' verstehen die Bonzen natürlich die neue Kapitalistenklasse in Polen.

Die liebe Karriere

Ein Ostberliner schreibt in der Zeit:

"In der DDR herrscht eine undefinierbare Angst vor der Volksrepublik China. Sie hat weniger außenpolitische als innenpolitisch-ideologische Gründe.

PERSISCHES VOLK BEWAFFNET SICH

Dieses Frühjahr besuchte Brandt Persien. Bei den Verhandlungen mit den Abgesandten des Schah ging es um Fragen wie: Auslieferung persischer Regime-Feinde aus der Bundesrepublik, Kapitaleinfuhr aus Westdeutschland usw. Bei uns in der Presse wurde vor allem dabei über Brandts Interesse und Wohlgefallen an der 'Bodenreform' des Schahs berichtet. Da waren eben zwei Fachmänner von 'Reformen' unter sich – Reformen, die das Volk aussaugen!

Die Bodenreform des Schahs hat inzwischen zur hoffnungslosen Verschuldung der Bauern geführt. Die verarmten Bauern werden von Grund und Boden vertrieben und müssen in die Städte ziehen. Dort bilden sie eine Reservearmee an Arbeitskräften, die den Imperialisten hilft, die Löhne im Iran niedrig zu halten.

* * *

Gegen diese Politik des Bauernlegens wächst auch der Widerstand. In den letzten Wochen haben die Bauern des Dorfes Alimdarz, die wie viele die Rückzahlungsraten an die Genossenschaftsbanken nicht aufbringen konnten, die Zahlung verweigert. Daraufhin schickte der Blutschah die Gendarmerie ins Dorf. Die Bauern ließen sich jedoch nicht einschüchtern, sondern stürmten die Genossenschaftsbank. Dabei wurden 100 Bauern festgenommen und in die Folterkeller des SAVAK, der persischen GESTAPO, geworfen.

Aber der Freiheitskampf des Volkes läßt sich nicht ersticken. Die Massen beginnen sich zu bewaffnen. So drang eine Kommandogruppe in die Lagerräume des Straßenbauamtes in Teheran ein, in denen sich Dynamit befand. Sie fesselten das Wachpersonal und erbeuteten sämtliches vorhandenes Dynamit.

* * * * * * * * * * * * * * * * *

Ende Oktober in Mexiko-City: Etwa 2 000 Bauern stürmen eine Landwirtschaftsbank. Dabei wird der Direktor erschlagen, dessen Vertreter lebensgefährlich verletzt und das Gebäude verwüstet. Als Ursache des Sturms auf die Bank wurde eine Einschränkung der Kredite für Landwirte genannt.

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

Am 7. und 8. Dezember legte ein Streik im öffentlichen Dienst den Staatsapparat weitgehend lahm. Rund 85 % der Arbeiter und Angestellten legten die Arbeit nieder. Auch die Bank- und Sparkassenangestellten, sowie 700 000 Lehrer schlossen sich dem 48-stündigen Streik an. Die Lehrer fordern die Demokratisierung des Schulwesens. Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst wehrten sich unter anderem dagegen, daß höheren Beamten die Bezüge verdoppelt wurden. Nach einer neuen Regierungsverordnung erhält z.B. ein Botschafter statt bisher 6,2 Millionen Lire (34 000 DM) jetzt 14 Millionen Lire (77 000 DM) im Jahr.

Dem Streik schlossen sich sogar erstmals 31 Priester aus Süditalien an. In einer Erklärung machten die als Religionslehrer tätigen Geistlichen "auch jenen Teil der kirchlichen Hierarchie, der ein veraltetes, autoritäres und unterdrückendes System unterstützt", verantwortlich.

Da diese Faschistenbanden aber bestenfalls nur Hilfstruppen der Briten sind, muss die britische Kolonialarmee immer mehr selbst das Werk der Unterdrückung besorgen.

Nordirland ist das Vietnam des britischen Imperialismus. Die 20 000 britischen Soldaten halten mit Panzern und Maschinengewehrnestern ständig die Städte, Arbeiter- und Elendsviertel Nordirlands besetzt. Razzien, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen am laufenden Band. Nordiren, die verdächtigt werden, mit der Befreiungsbewegung zu sympathisieren, werden zusammengeschlagen und in Internierungslager verschleppt. Das Lager Long Kesh erinnert an ein Konzentrationslager: Scheinwerferbestückte Wachtürme, MG-Posten, stromführende Stacheldrahtzäune, Bluthunde; Berichte von Folterungen (die sogar im englischen Parlament zugegeben werden mussten).

Die irischen Freiheitskämpfer setzen gegen die Gewalt der Unterdrücker, die revolutionäre Gewalt des Volkes. Molotow-Cocktails fliegen gegen britische Panzer, Militärpatrouillen leben so unsicher wie US-Besatzer in Vietnam.

Die nordirischen Patrioten stehen nicht allein. Sie finden Unterschlupf und Versorgung in den Arbeiter- und Armenvierteln. Die Bevölkerung warnt ihre Kämpfer, wenn britische Kommandoeinheiten die Gegend durchkämmen.

Imperialisten-Freund Lynch

Im Süden der geteilten irischen Nation besteht eine breite Bewegung für die Unterstützung der nordirischen Kämpfer, eine Bewegung für ein wiedervereinigtes Irland, das unabhängig vom Imperialismus ist.

Aber genau diese Bewegung ist der Lynch-Regierung in Dublin ein Dorn im Auge. Warum? Die Lynch-Regierung in Dublin hat im Laufe der Jahre Stück für Stück das Land an den Imperialismus verkauft. Irland ist eines der beliebtesten Länder für Investitionen der westdeutschen Kapitalisten geworden. Die Lynchregierung gestattet alle möglichen Steuererleichterungen, schiebt den Imperialisten spottbillige Grundstücke zu und legt bereitwillig die notwendigen Strassen, Kanalisation usw. an. Was

Volk ...

Anlass waren Bombenanschläge in Dublin. Mag man sich auch über die Zweckmässigkeit der Bombenanschläge streiten – einige dieser Bomben wurden vermutlich sogar von Provokateuren gelegt – so kommt man doch nicht daran vorbei: Wenn diejenigen, die mit Panzern, MG's und Konzentrationslagern ein ganzes Volk niederzuhalten versuchen, sich noch beschweren, dass im Befreiungskrieg auch Bomben fallen, so ist das eine bodenlose Heuchelei.

Lynch musste einen Anlass finden und deshalb wurden die Bombenanschläge dazu benutzt.
Sofort begann eine Verhaftungswelle in ganz Irland. Der IRA-Führer Mc Stiofain wurde vor Gericht gestellt und verurteilt. Er trat sofort in Hungerstreik und konnte nur durch künstliche Ernährung am Leben erhalten werden. IRA-Mitglieder drangen als Ärzte, Priester und Krankenpfleger verkleidet in das Krankenhaus ein, um Mc Stiofain zu befreien. Es kam zu einer Schiesserei auf den Gängen. Das Befreiungsunternehmen misslang, aber das Kommando konnte entkommen.

Waren hier isolierte Anarchisten am Werk? Keineswegs. Bereits am nächsten Tag standen über 4 000 Menschen (nach dpa-Angaben) vor dem Krankenhaus und forderten Mc Stiofains Freilassung. 2 Tage lang streikten sämtliche Arbeiter und Angestellten in Rundfunk und Fernsehen. Anlass war die Verurteilung ihres Kollegen O'Kelly. O'Kelly war Sympathisant der Befreiungsbewegung und hatte sich vor Gericht geweigert, IRA-Mitglieder zu denunzieren (verraten).

Lynch hat seine Maske vollends fallen gelassen. Heute regiert er mit Sondergesetzen, mit Razzien und Massenverhaftungen. Der gesamte Vorstand der Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RTE wurde von ihm entlassen, weil zu häufig positive Berichte über die Befreiungsbewegung kamen.

Das irische Volk lässt sich aber nicht davon abhalten, den Kampf um die nationale Einheit und Unabhängigkeit ganz Irlands vom Imperialismus weiterzuführen. Die Tage von Lynch sind gezählt, wie die des britischen Statthalters Whitelaw in Nordirland, und mit ihnen die Tage, in denen sich westdeutsche Kapitalisten über die profitable 'grüne Insel' freuen konnten.

Das Stichwort heißt Kulturrevolution ...
Nie wieder buchdrucken, nie wiedermauern, fräsen, drehen – diese Vorstellung scheint manchen aus der Arbeiterklasse in die Schreibtischsessel des Partei-, Gewerkschafts-, Staats- und Wirtschaftsapparates der DDR aufgestiegenen Funktionär zu immer wieder neuen Treuekundgebungen gegenüber der Macht anzuspornen. Diese 'Kader' sind es, die Angst vor einer Kulturrevolution a la Mao haben. Die Angst vor Mao und seinen Ideen in der DDR ist also mehr oder weniger die Angst vor Verlust des eigenen Sessels und der persönlichen Macht."

Nicht umsonst sagt man im sozialistischen Albanien, die beste Versicherung gegen die Verbürgerlichung der Parteifunktionäre sind die Schwielen an ihren Händen und die Arbeiterkontrolle.

In China besteht die Herrschaft der Arbeiterklasse, so daß die Arbeiter und Bauern die verbürgerlichten Parteikader nur abzusetzen oder umerziehen brauchen. In der DDR ist seit langer Zeit ein neues Bürgertum entstanden, das nur die Revolution wieder von der Macht vertreiben wird.

Preistreiberei in Ungarn

Ungarn ist der neue Champion in den Ostblockstaaten, wenn es darum geht, den Kapitalismus zu errichten. Die letzten Spuren einer sozialistischen Gesellschaftsordnung werden gerade jetzt verschüttet. Das zeigt sich auch in den wirtschaftlichen Maßnahmen. Die Preistreiberei in Ungarn kann sogar westlichen Geschäftemachern noch Respekt abnötigen: Milch und Molkereiprodukte werden jetzt um gleich 30 % teurer. Auch die Preise für die Kfz.-Steuer, für Tabak und alkoholische Getränke steigen.

Heidelberger Innenstadt: Polizei-Heerlager

Heftige Kämpfe gegen Staats-Hochschul-'Ordnung'

Heidelberg

Schon seit langem schwelt an der Heidelberger Universität der Protest der Studenten gegen die baden-württembergische Landesregierung, den Kultusminister und den reaktionären Bund „Freiheit der Wissenschaft". Die Studenten wenden sich gegen den Abbau ihrer politischen Rechte, gegen die strenge Aufsicht des Kultusministeriums, den Entzug von Förderungsmitteln und die Verschärfung des Ordnungsrechts.

Die Studenten sind heute nicht mehr die geduckten Ja-Sager des Kapitals; immer breitere Teile der Studentenschaft erkennen den Zusammenhang des Notstandes an der Universität mit dem kapitalistischen System und sagen der Bourgeoisie den Kampf an. Dieser Protest der Studenten brach sich jetzt wieder in Heidelberg Bahn, als die Stuttgarter Landesregierung das Faß zum Überlaufen brachte:

Professor Peter Brückner sollte in der Heidelberger Universität auf einer Podiumsdiskussion sprechen. Er ist beruflich kaltgestellt worden, denn gegen ihn läuft ein Verfahren wegen Begünstigung der Baader-Meinhof-Gruppe. Die Landesregierung läßt die Gebäude der alten und neuen Universität schließen, um Brückners Auftreten zu unter-



Heidelberger Studenten gegen Polizeitruppen

desregierung bildet einen eigenen Krisenstab zur „Bekämpfung der Guerilla-Taktik der Linken."

Frankfurt

Bei einer Veranstaltung des RCDS (Hochschulgruppe der CDU) fordert die breite Mehrheit der Anwesenden massiv die Diskussion über das Berufsverbot für kommu-

München/Regensburg

Die Vorlesungsstreiks an den bayrischen Hochschulen weiten sich aus. Die Studentenvertretungen der acht bayrischen Fachhochschulen sprechen sich gegen den bayrischen Hochschulgesetzentwurf aus. In der Universität Regensburg stimmen 95% der abstimmenden Studenten gegen dieses Gesetz.

und fegt einer Studentin die Brille vom Kopf. Zu dieser „Notwehraktion" sieht er sich veranlaßt, als er von Studenten umringt wird. Die Studenten fordern ihn dazu auf, die während des Streiks erstatteten Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs zurückzunehmen.

WAS HABEN DIE STREIKS MIT DEN ARBEITERN ZU TUN ?

Die Kapitalisten beabsichtigen mit ihrer Hochschulpolitik folgendes: Heranbildung einer eingebildeten Schicht mit Elitebewußtsein für die Ränge der mittleren Angestellten, Techniker usw. Jetzt müssen sie zu ihrer Verblüffung feststellen, daß weite Teile der akademischen Jugend gar nicht darauf brennt, sich den Arbeitern als kleine Herren auf den Nacken zu setzen. Im Gegenteil!

Wie war es denn bis zu Beginn der Studentenrevolte von 1967/68? — Da herrschte in der Studentenschaft noch vorwiegend ein muffiger, reaktionärer, dünkelhafter Geist. Die meisten Studenten sahen in einem falschen Stolz auf die Arbeiter herab.

Wie hat sich das geändert! Die meisten Studenten beteiligen sich heute an den Kämpfen um ihre unmittelbaren Interessen an der Hochschule. Immer mehr Studenten gehen heute bereits auf die Seite der Revolution über. Nicht wenige haben sich bereits mit revolutionären Arbeitern zu einer festen Einheit zusammengeschlossen. Das erfüllt uns Kommunisten mit großer Zuversicht für die Zukunft. Wenn die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Ausbeuterstaat die Situation revolutionär zuspitzt, dann findet sie in breiten Teilen der Studenten und Akademiker Bundesgenossen — anders als zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise nach 1929, wo fast alle Studenten gegen die Arbeiter standen.

Die studentische Jugend fühlt, daß in den kommenden großen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und dem Kapital, die Sache der Arbeiter siegen wird. Im Mai 1968 gruselte der bürgerlichen Klasse Frankreichs vor dem Kampfbündnis zwischen Arbeiter und Studenten. In den herannahenden Kämpfen wird sich dieses Bündnis auch bei uns eindrucksvoll zeigen.



ANTWORT AUF FRAGEN ZUM PROGRAMMENTWURF:

RM-Redaktion: Genossen, Ihr seht in dem Beschluss des ZK, den Entwurf noch einmal gründlich zu überarbeiten, ein Hinauszögern, ein unbegründetes Zurückweichen. Wir meinen, das ist nicht der Fall.

binden. Tausende Studenten, die in die Hochschule wollen, sehen sich unversehens einer Streitmacht von über 1000 Polizisten gegenüber.

Tausende Studenten drängen sich dicht an dicht zusammen, rote Fahnen und Transparente tauchen auf, Sprechchöre hallen über den Platz: „Polizei raus aus der Uni!“, „Weg mit dem Ordnungsrecht!“

Am nächsten Tag findet eine Vollversammlung statt. Mindestens 4 000 Teilnehmer beschließen einen mehrtägigen Vorlesungsstreik als Antwort auf die Polizeiaktion.

Die Versammlung erfolgt von Anfang an in einer kämpferischen, revolutionären Atmosphäre. Immer wieder erhebt sich scharfer Protest gegen Hausverbote für manche Studenten und gegen die geplante Verschärfung des Ordnungsrechts.

Die baden-württembergische Lan-

nistische Studenten und über die Ausweisung palästinensischer Studenten. Das Gewäsch der RCDS-Funktionäre läßt den revolutionär eingestellten Studenten den Geduldsfaden reißen. Etliche drängen zum Podium und die Veranstaltung wird durch ein Handgemenge unterbrochen.

Westberlin

Die Welle der Vorlesungsstreiks, die von den lehrerausbildenden Fächern ausging, erfaßt beinahe die ganze Freie Universität. Die Studenten riskieren dabei mindestens, daß ihnen ein ganzes Semester nicht anerkannt wird. Vor aliem aber droht der SPD-Senat allen späteren Staatsangestellten, wie z. B. Lehrern, die Ausübung des Berufs zu verbieten.

Nordrhein-Westfalen

Die 47 000 Fachhochschulstudenten protestieren gegen geplante Zulassungsbeschränkungen. In allen Fachhochschulen wird eine Woche lang gestreikt. In Düsseldorf bewegt sich ein mehrerer kilometerlanger Demonstrationszug durch die Innenstadt. Über 10 000 Fachhochschulstudenten und Fachoberschüler protestieren damit gegen die vom NRW-Wissenschaftsminister Rau (SPD) geplante Prüfungsordnung.

Kiel

Gegen das Landeshochschulgesetz, die Zulassungsbeschränkungen und die Verschärfung des Ordnungsrechts richten sich eine Welle von Vorlesungsstreiks und eine Demonstration.

Der Kieler Rektor Hattenbauer schlägt zwei Studenten ins Gesicht

1. Es stimmt: Mit der Vorlage des Entwurfes ist der Schritt zum Programm geschafft. Man sollte aber nicht leichtfertig über die Schwächen hinweggehen. Denn gibt es auch keine (Zwischen-)Etappe mehr hin zum Sozialismus, so heisst das nicht, dass der Sozialismus jetzt vor der Türe stände. Deshalb muss unser Programm eine möglichst genaue und exakte Herausarbeitung der Strategie und Taktik zur Revolution sein. Gerade dazu haben die Vielzahl von Kritiken noch entscheidende Gesichtspunkte beigetragen, die unbedingt mit eingearbeitet werden müssen.
2. Es ist tatsächlich so, dass die zu schwache Herausarbeitung des Wegs zum Ziel, der Bestimmung der Erziehung der Massen in den Tageskämpfen zur Revolution, dazu geführt hat, dass die Beschreibung des Ziels, des Sozialismus, ein unverhältnismässiges Übergewicht bekommen hat.
3. Die Hauptseite Propaganda ist in der Tat im Programmentwurf erfüllt worden, und es ist auch ein Programmentwurf, bei dem richtigerweise das Ziel der Massenwirksamkeit angestrebt wurde. Allerdings wird an vielen Stellen die Analyse durch zu sehr agitatorische Schilderungen überdeckt. Das Programm geht auch noch öfters über das grundsätzlich Allgemeine hinaus und legt sich auf momentane Erscheinungen fest. Ein Programm darf jedoch keinerlei Spekulationen beinhalten, sondem es soll die tatsächlich erkennbaren Tatsachen und Tendenzen wiedergeben und die sich daraus ergebenden Schlüsse ziehen. In dieser Hinsicht muss das Programm noch verbessert werden.
4. Es ist richtig, dass der Entwurf nur überarbeitet werden muss, und dies möglichst schnell. Bei allem revolutionären Schwung sollten wir aber nicht überhastet an solch grundsätzliche Dinge herangehen, wie es das Programm darstellt. Der letzte Erfolg der Parteidiskussion über das Programm hat auch die Wichtigkeit der erneuten und weiteren Einbeziehung der gesamten Partei (und dann darüber hinaus) bei der Erstellung des Programms bewiesen.

Keine falschen Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis!

Viele Leserbriefe haben uns zum Wahlkampf und zum Ergebnis der Bundestagswahlen erreicht. Auch viele Kritiken sind darunter. Manche Genossen erheben sogar grundsätzlich Zweifel an der Richtigkeit der Parteilinie in bestimmten, wesentlichen Fragen. Wir wollen nochmals zusammenfassend Stellung nehmen.

Warum wurde die Wahl vorgezogen?

Engels sagte bereits vor ca. 100 Jahren: ‚Das allgemeine Wahlrecht (der bürgerlichen Demokratie) kann nicht mehr und nicht weniger sein, als ein Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse'. Für uns Kommunisten ist das Wahlergebnis ein Gradmesser, wie stark die Massen noch dem Parlamentarismus verhaftet sind, welche politischen Strömungen usw. sich im Wahlergebnis ausdrücken und wie wir danach unsere Arbeit für die Revolutionierung der Massen, der Loslösung der Massen vom parlamentarischen Schwindel verbessern können.

Die Bourgeoisie auf der anderen Seite „testet“ mit solchen Wahlen, welche ihrer Parteien am besten noch geeignet sind, die Aufgabe des Volksbetrugs und der Volksausplünderung durchzuführen.

Dieser Test wurde 1972 vorzeitig notwendig. Warum? Zum einen hatten sich die Klassenwidersprüche seit 1969 rasch zugespitzt. Dies traf zusammen mit einer internationalen Verschärfung der kapitalistischen Krise. Zum andern hat der Staat des westdeutschen Imperialismus in seinen expansionistischen (auf Ausdehnung gerichteten) und revanchistischen Plänen einen gewissen Abschnitt zurückgelegt. (EWG-Verträge, Ostverträge, Berlinabkommen, Verkehrs- und Grundvertrag, UNO-Mitgliedschaft usw.). Die Weichen für die Zukunft mußten jetzt auf eine längere Zeit gestellt werden. Eine Zeitspanne, bei der mit neuen — und verschärften — Methoden die Machtausdehnung des westdeutschen Imperialismus vorangetrieben wird.

Dieses Programm der Expansion mußte auch längerfristig im Innern abgesichert werden. Die Bourgeoisie braucht eine ‚starke Regierung‘, eine Regierung, die nachweisen konnte: Der Großteil des Volkes glaubt uns am ehesten.

Kein Wunder also, daß einen Tag nach dem großen Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition, die Aktionäre zufrieden aufatmeten. Die ‚starke Regierung' war da; die Aktienkurse stiegen.

Woher kommt die hohe Wahlbeteiligung?

Entsprechend der Bedeutung der Wahl für die Bourgeoisie wurde auch Geld und Aufwand in sie gesteckt. Aber das allein war nicht die Ursache.

Der DGB sieht in dieser hohen Wahlbeteiligung einen ‚Sieg der Demokratie‘. Manche Genossen sehen in den 90 % eine überstarke Illusion der Massen über den parlamentarischen Schwindel.

Nun, die Analyse des Wahlergebnisses zeigt zunächst: Eine ‚Treuequote' der Wähler über dem Durchschnitt: ca. 80 % wählten ‚ihre alte Partei‘ wieder. Die hohe Wahlbeteiligung, damit die starke Verschiebung der Stimmenverhältnisse kam vor allem dadurch zustande, daß 1. viele Arbeiter und 2. viele Jugendliche wählten, die bisher nicht zur Urne gingen. *

Was heißt das? Die hohe Wahlbeteiligung kam gerade durch jene zustande, die bisher „wahlmüde“ (NRZ über die Arbeiter im Ruhrgebiet vor der Wahl) waren. Also

Fortsetzung auf S. 10

Terrormethoden von Polizei und Justiz

Lernt aus den Schauprozessen!

Schauprozeß in Hamburg gegen Margrit Schiller — verdächtigt, mit der RAF sympathisiert zu haben! Schauprozeß in Westberlin gegen Horst Mahler — verdächtigt des Bankraubs als Mitglied der RAF. Schauprozeß in Heidelberg gegen die anarchistische Gruppe SPK. Alle drei Prozesse waren geplant als Prozesse, bei denen die Bourgeoisie vorführen will, wie sie mit allen umzugehen gedenkt, die zur revolutionären Gewalt gegen die herrschende Gewalt greifen. In allen drei Prozessen wird aber der Spieß umgedreht. Die Angeklagten lassen sich nicht einschüchtern und kleinkriegen, sondern stehen zu ihrer Sache. Man mag ihre falschen Vorstellungen vom Weg und den Methoden des revolutionären Kampfes verurteilen; jeder ehrliche Klassenkämpfer und fortschrittliche Mensch muß aber seine Hochachtung zollen vor dem Mut und der Aufrichtigkeit dieser Revolutionäre. Sie weichen vor dem Terror von Justiz und Polizei nicht zurück, sondern machen die Gerichtssäle zu Tribünen der Entlarvung der Methoden der imperialistischen Staatsbüttel.

Im Mahlerprozeß wurden alle ‚Beweise' der Anklage zerfetzt. Einziger Belastungszeuge ist nach wie vor der Polizei-Agent Ruhland. Inzwischen haben 5 Mithäftlinge Ruhlands, die wegen krimineller Delikte einsitzen, unter Eid Aussagen über Gespräche mit Ruhland gemacht. Die Häftlinge berichten, Ruhland habe gesagt, er werde „frühere Kollegen belasten", um sich für die milde Strafe (und wohl baldige Haftentlassung) zu revanchieren. Ein Zeuge berichtet, Ruhland habe ihm „ein vertrauliches Schreiben der Bundesanwaltschaft" gezeigt und dazu erklärt: „Damit ich genau weiß, was ich zu sagen habe." (Tagesspiegel.) Mit Recht stellt die Verteidigung Mahlers fest, der ‚Zeuge' Ruhland sei in 73 Vernehmungstagen „in einem Ausmaß ohnegleichen präpariert" worden.

Gelernt ist gelernt

Anfang Dezember wurden Astrid Proll und Andreas Baader zur Zeugenaussage nach Berlin geflogen. Sehen wir davon ab, daß dies, genau wie auch die Anwesenheit des Bundesanwalts Kaul im Westberliner Gericht, ein Zeichen ist, daß Berlin inzwischen als 11. Bundesland betrachtet wird. Es kam dabei auch folgendes zutage: Baader und Astrid Proll waren ‚nicht vernehmungsfähig'.

Der von seiner Schußverletzung immer noch nicht geheilte Andreas Baader sagte aus, die ganze Nacht zuvor sei regelmäßig alle 15 Minuten seine Zelle beleuchtet und kontrolliert worden. Ein Beamter der Haftanstalt konnte diese Aufdekkung nur noch abschwächen.

Auch Astrid Proll haben sie fertiggemacht. Seit dem Mai 1971, seit über 20 Monaten, sitzt sie vollkommen isoliert in Einzelhaft. Seit 20 Monaten hat sie Tag für Tag nur die Wärterin gesehen, die ihr das Essen brachte. Obwohl sogar der Anstaltspsychiater des Kölner Gefängnisses sich gegen solche Methoden wandte (und das will etwas heißen!) wurde die Lage Astrid Prolls nicht geändert. Warum, das zeigte Mahler vor Gericht sehr richtig auf: Das sind die neuen Methoden der Folter! „Nicht die Körper werden zerschunden, aber um so wirksamer die Seelen."

Astrid Proll und Andreas Baader konnten kaum noch sprechen. Das ‚hohe Gericht' konnte nicht umhin, sie schnell — für 60 000 DM — wieder nach Westdeutschland ausfliegen zu lassen.

Sondergericht

Auch der Zeuge Gerhard Müller deckt weitere Gestapo-Methoden von heute auf. Die vernehmenden Beamten haben ihm versichert, er käme mit der Hälfte der Strafe weg, wenn er entsprechend aussage (Süddeutsche Zeitung, 6. 12.). Die Polizei wies ihn auch darauf hin, er könne mit der ‚Geschichte viel Geld verdienen'. Man hat auch extra seine Eltern und seine Schwester herbeigeholt, damit er bei den Vernehmungen eher in das ‚Geschäft' einsteigt. Abwechselnd wurde ihm mit lebenslanger Freiheitsstrafe gedroht, dann wieder mit den ‚Vorzügen', die doch ein ‚aussagewilliger' Ruhland genieße.

Solche Gestapo-Methoden kamen auch bei den anderen Prozessen zum Vorschein. Zu Recht bezeichneten Zeugen im SPK-Prozeß in Heidelberg die Strafkammer als ‚Sondergericht in der Tradition der Nazi-Gerichte'.

Wen wundert's auch! Der imperialistische Staat ist damals wie heute der gleiche. Die gleichen Männer im Hintergrund haben damals wie heute die Macht. Und ihre willigen staatlichen Gewaltorgane wie Polizei und Justiz haben sich nun vorübergehend ein demokratisches Mäntelchen umwerfen müssen. Aber ihr Handwerk, die Methoden der Täuschung und Drohung, der Folter und Erpressung, haben sie nicht verlernt. Und solche Methoden braucht die Bourgeoisie immer wieder. Anders kann sie der revolutionären Bewegung, die immer weiter wachsen wird, nicht hoffen beizukommen.



NIEDER MIT DER KLASSENJUSTIZ UND DEN GESTAPO-METHODEN DER POLIZEI!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
SOLIDARITÄT MIT DEN POLITISCH VERFOLGTEN!

DAS ROTE LEUCHTFEUER

Stadtteilzeitung der KPD/ML für Friedrichsort Nr. 1 Nov. 72

Der Betrug mit der Rentenreform

‚Rentenreform' hieß das Zauberwort, mit dem sowohl CDU/CSU als auch SPD im Wahlkampf auf Stimmenfang gehen. Nicht nur sie, auch der DGB tönt lautstark: „Die rückwirkend ab 1. Juli beschlossene Anpassung der Renten verringert den Abstand der Renten zu den Arbeitnehmereinkommen und entspricht ebenfalls einer seit Jahren von den Gewerkschaften erhobenen Forderung." (‚Metall', Nr. 20/72, S. 1). Nach diesen Lobeshymnen könnte man glauben, die Rentner in diesem Staat hätten ein prima Auskommen und könnten ohne Sorge in die Zukunft sehen.

Wie sieht es wirklich aus?

„Mehr als ein Drittel der Rentner in der BRD – 37,5% – müssen mit so wenig Geld auskommen, daß sie nach Angaben der DAG nicht einmal genug zu essen haben. Ihr Monatseinkommen liegt größtenteils unter dem Existenzminimum." (Kieler Nachrichten, 7. 7. 72).

Nach einer Erhebung der DAG beziehen 12,5% der Rentner, meist alleinstehende Frauen, weniger als 400,– DM im Monat. „25% der bei einer Untersuchung befragten Rentner stehen sich mit monatlich 400,– bis 700,– DM nicht viel besser." (KN, 7. 7.). Das ist also die vielgelobte ‚soziale Gerechtigkeit' im Kapitalismus!

Und geht es den Rentnern, die 40 Jahre ihres Lebens Tag für Tag sich im Betrieb für den Kapitalisten kaputtgeschuftet haben, etwa **nach** der großartigen Rentenreform besser?

Keineswegs!

Die Rentenanpassung erfolgt normalerweise jedes Jahr und wird nach dem durchschnittlichen Bruttojahreslohn aller Versicherten innerhalb von 3 Jahren berechnet. Folgende mickrige Rentenerhöhung kam dabei heraus:

1971: 5,5%
1972: 6,3%
1973: 9,5%

Diese ‚Erhöhungen' sind von Steuern, Preisen und Versicherungsbeiträgen – ebenso wie die Löhne der Arbeiter – längst wieder aufgefressen worden. Das ist bei dem Ansteigen der Lebensmittelpreise um durchschnittlich 6–8% kein Wunder! (Die Kartoffelpreise stiegen sogar in den letzten 3 Jahren um 30%!)

Aber damit nicht genug

Neuerdings müssen sogar die Rentner noch Versicherungsbeiträge zahlen! Die Brandt/Scheel-Regierung tut also alles, um den Rentnern ihren Lebensabend so ‚angenehm wie möglich' zu machen! Wen wundert es, wenn die Selbstmordziffern gerade bei den alten Menschen ständig ansteigen?
Und die CDU?

Wie herzzerreißend setzt sich gerade in den letzten Wochen diese andere Kapitalistenpartei für die Erhöhung der Renten ein!

Kurz vor der Wahl wurde eine vorzeitige Rentenerhöhung um 9,5% beschlossen. Die Erklärung ist nur zu einfach! Die Herren in Bonn wollen die Not der Rentner dazu benutzen, um sich wieder in den Sattel zu schwingen! **Nicht** die Not der 9 Millionen Sozialrentner liegt ihnen am Herzen, sondern einzig und allein ihre Ministersessel, Aufsichtsratsposten und Beraterverträge. Hätten die Neuwahlen später stattgefunden – nicht im Traum hätte die SPD schon jetzt die Renten erhöht – oder die CDU sich so lautstark zum ‚Interessenvertreter' der Rentner aufgeschwungen.

Diese sogenannten ‚Rentenerhöhungen' sind, im Verhältnis zu den Löhnen, noch niedriger als die von 1957:

1957 – 59% der Löhne
1972 – 55% der Löhne

Diese finanzielle Seite ist nur die eine – wie steht es sonst um die Rentner! – Zu all dem eben Gesagten kommt die Geringschätzung der Alten im kapitalistischen System. Mit 60 gehörst du zum alten Eisen – dich braucht keiner mehr! Wer stellt schon noch einen 40 bis 60jährigen Arbeiter ein? Da heißt es frühzeitig zusehen, daß man im alten Betrieb bleibt – sonst heißt es stempeln gehen. (Und nicht nur deshalb, sondern auch, weil sonst die Betriebsrente flöten geht, die die Kapitalisten in Wahrheit ohnehin nicht aus eigener Tasche bezahlen, sondern die der Staat aus Steuergeldern bezahlt.)

Auch die gepriesene ‚flexible Altersgrenze' ändert nichts daran! Im Gegenteil: Zwar ist es schön, ein paar Jahre eher aus der täglichen Schufterei rauszukommen, aber was kann man sich dafür kaufen? – Rein gar nichts! Dann gehen die Sorgen erst richtig los, wenn es heißt, mit ein paar hundert Mark im Monat auskommen. *)

Was soll das ganze also?

Es nutzt wieder nur den Kapitalisten. Der Staat verschafft ihnen eine jederzeit verfügbare ‚Arbeiterreservearmee'. Wenn die Wirtschaft schlecht geht, rät man den Kollegen, doch ihre Gesundheit zu schonen und ein paar Jahre früher aufzuhören. Wenn viele gebraucht werden, dürfen sie ruhig noch ein paar Jahre länger schuften. DAS ist das Gesetz des Kapitalismus!
. . . Wir fordern:

HERABSETZUNG DES RENTENGEHALTS FÜR MÄNNER AUF 55 JAHRE, FÜR FRAUEN AUF 50 JAHRE!

MINDESTRENTE VON 80% DES DURCHSCHNITTSLOHNES IM ALTER UND BEI INVALIDITÄT!

*) Anmerkung der RM-Redaktion: Dieser von uns überarbeitete Artikel aus der Stadtteilzeitung der KPD/ML für Friedrichsort (Kiel) geht noch nicht auf die ‚Reform' der ‚Rentenreform' ein, die jetzt die SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag durchführen will. Wir werden das in einem späteren Artikel nachholen.

Solidaritätskomitee

Deutsch-spanische Streikhilfe:

13. 11.	J.W., Lehrlingsgruppe aus Berlin	010,--
	spendet für die spanischen Kollegen	132,--
13. 11.	Hochschulgruppe des KSB/ML TU Berlin	010,--
	für die deutsch-spanische Hilfe	
14. 11.	T.G., Westberlin	152,--

'Solidarität':

14. 11.	U.S., Immenthal	080,--
14. 11.	H.W., Hamburg	120,10
20. 11.	F.A., Frankfurt	250,--
27. 11.	H.E., München	850,--
		400,10

Spenden für Druckmaschine der spanischen Genossen (siehe RM Nr. 23, Seite 9) bitte auf folgendes Konto:
430/20 000 Westfalenbank 194 29 05, Helene Meier.

Keine falschen Schlussfolgerungen

Fortsetzung von S. 8

gingen jene zur Wahl, die bisher sagten: Lohnt sich doch nicht — alles der gleiche Stiefel.

Nicht die hohe Anzahl Wahlplakate brachte diese zum Wahllokal, sondern das, was auf diesen Plakaten draufstand.

Die Wahlpropaganda war auf zwei ‚Lager' zugespitzt: Auf der einen Seite stellte sich die CDU/CSU als Partei der offenen Reaktion mit faschistischen Neigungen hin: ‚Sicherheit! Ordnung! Stabilität!' Sie bemühte sich herzlich wenig, sich ein ‚soziales' Mäntelchen umzuhängen. In den DGB-Gewerkschaften trat sie auf wie ein Elefant im Porzelanladen. Der Dunkelmann Strauß wurde weiter im dunklen gehalten; es wurde nicht versucht ihn etwas ‚demokratisch' aufzupolieren. Ganz groß brachte die Presse die Spenden von Kapitalisten an die CDU/CSU heraus. Jeder Deutsche erinnerte sich sofort an den Hugenberg-Kreis, der die Hitler-Partei mit Millionen unterstützte. Aber die CDU/CSU gab sich kaum große Mühe, die Angriffe an diesem Punkt zurückzuweisen. Warum, wird man sehen . . .

Das andere 'Lager'

Die Propaganda des anderen Lagers rief dazu auf, alles was gegen das CDU/CSU-Lager sei, solle sich hier sammeln. Bewußt verzichtete die SPD diesmal auf ein genaueres Programm; stattdessen wurde auf Persönlichkeit und Vertrauen zu Brandt gemacht. Er war der große Vater, der alle verschiedenen Meinungen und Anschauungen unter sich vereint — gegen die CDU/CSU.

Genauso muß man aber auch sehen, wie die CDU/CSU-Propaganda gegen die SPD sich auswirkte. „Radikale greifen an die Macht! — Das ist die SPD von morgen!", hieß es. Haben das die SPD-Wähler geglaubt?

Haben sie der CDU-Propaganda mehr geglaubt als der SPD-Propaganda, die kein Wort über den Sozialismus verlor (s. u.)? — Natürlich nicht. Daß die Wähler so zahlreich trotz und gerade wegen der CDU-Schreck-Propaganda die SPD wählten beweist 1., daß sie keine Angst vor dem Sozialismus haben und sich nicht mit antikommunistischen Phrasen verhetzen lassen; 2. beweist es, daß mit dieser antikommunistischen Propaganda gerade wieder Erinnerungen an die Nazi-Propaganda im Volk wachgerufen wurden. Und da gingen viele zum erstenmal wieder zur Urne, den Grundvertrag unterschrieben'. So funktioniert das mit dem parlamentarischen Schwindel. Die Bourgeoisie weiß genau, daß Zeiten kommen werden, wo die ‚friedlichen Töne' durch die Töne des kalten Krieges wieder abgelöst werden müssen. Und darauf stellen sich ihre Parlamentarier heute schon ein.

Welche Partei ist gefährlicher ?

Für viele hat sich diese Frage durch das Wahlergebnis neu gestellt. Manche Genossen sind dabei sogar von der Linie der Partei abgewichen: der gefährlichste Feind in der Arbeiterbewegung ist der moderne Revisionismus!

Wir sagten bereits: Diesmal stellte sich die SPD kein bißchen mehr als ‚sozialistisch' oder als ‚Arbeiterpartei' dar, als in den Wahlen 1969. Auch nicht die Juso-Führung, wie die CDU/CSU-Propaganda behauptet (eine Juso-Hauptlosung war: ‚EXPERTEN kontra Strauß und Barzel!). Und wie gesagt, die Ruhrarbeiter, die jetzt erstmals wieder SPD wählten (bis zu 80 % im Revier) wählten diese nicht, weil sie meinen, die SPD hätte sich in den 3 Jahren als arbeiterfreundlich oder sozialistisch erwiesen. Das hieße doch, die Arbeiter für dumm verkaufen!

Was aber ist gefährlicher für die Entwicklung der Arbeiterbewegung, für den revolutionären Kampf? Eine Partei, wie die SPD, die sich als ‚kleineres Übel' von zwei bürgerlichen Übeln verkaufen kann, oder eine Partei, die von Sozialismus und Klassenkampf, von Marx, Engels, Lenin, Thälmann usw. redet, um damit in Wirklichkeit die Arbeiterbewegung vom Kommunismus, von der Revolution abzubringen? Eine solche Partei aber ist die D"K"P!

Aber warum haben nur 0,3 % die D"K"P gewählt?

Zum einen, weil viele Arbeiter bereits das bürgerliche Wesen dieser Partei unter dem marxistisch-leninistischen Mäntelchen erkannt haben. Zum anderen, weil sie eben glaubten, auf jeden Fall eine CDU/CSU-Regierung verhindern zu müssen. Deshalb wählten sie gleich SPD.

1969 hatte die ADF (Organisation der D"K"P) und später die D"K"P in Landtags- und Kommunalwahlen oft ein mehrfaches an Stimmen erhalten. Geht also der Einfluß, die Gefährlichkeit der D"K"P zurück? Überhaupt nicht. Was ist denn wichtig für die Bourgeoisie? Wichtig ist, letzten Endes für sie nicht, *welche* ihrer Parteien im Parlament sitzt, sondern *daß* die Massen den parlamentarischen Schwindel nicht erkennen. Und genau diese Aufgabe, die revolutionäre Arbeiterbewegung (und die revolutionäre Bewegung darüber hinaus) an den Parlamentarismus zu ketten, kann am besten eine Partei wie die D"K"P erfüllen. Diese Aufgabe hat die D"K"P auch immer wieder erfüllt. Ein Beispiel ist doch, daß viele ihrer eigenen Sympathisanten noch die Gewerkschaftsbonzen Günther Schluckebier und Hans Urbaniak. Und dann ist es auch schon fast aus. Es folgen: Rechtsanwälte, Geschäftsführer, Dozenten, Regierungsräte usw. usf.

Dagegen aber haben die Revisionisten im Ruhrgebiet fast nur Betriebsräte als Kandidaten aufgestellt. Betriebsräte, von denen mancher Arbeiter noch sagt: Das ist einer von uns.

Die 'linke SPD'

Natürlich hat die SPD auch unmittelbar noch Einfluß im Proletariat. In der Gewerkschaft stellen SPD-Mitglieder die überwiegende Anzahl von Funktionären. Auch bei den Jusos gibt es starke Organisationen mit proletarischer Basis.

Aber wie ist die Entwicklung? Wollen diese SPD-Führer bei Verschärfung des Klassenkampfes, bei der Zunahme der revolutionären Bewegung, ihren Einfluß auf die Massen erhalten, dann nur wenn sie im Stile der Revisionisten ‚radikal' tönen und den ‚sozialistischen' Ausweg vorgaukeln.

Heute schon nehmen ‚Aktionseinheiten' zwischen diesen ‚linken' SPD-Führern und den Revisionisten zu. (in Westberlin führten sie am 1. Mai 1972 ca. 40 000 Menschen unter ihren revisionistischen Fahnen). Die Tendenz der Abspaltung solch revisionistischer Teile von der SPD ist klar. Niemals kann es zu einer ‚Umstülpung der SPD durch die Jusos' kommen, wie es z. B. die CDU an die Wand gemalt hat.

Den Klassenkampf führen, den Parlamentarismus entlarven

Nicht umsonst hat Lenin betont, daß jeder größere Streik für die Bewußtwerdung der Massen, für unsere Arbeit als Kommunisten, wichtiger ist, als die parlamentarische Aktion. Dieser Satz Lenins in der Schrift ‚Der Linke Radikalismus . . .' wurde nach der Novemberrevolution 1918 an die deutschen Arbeiter geschrieben.

Lenin kritisierte die deutschen Kommunisten, daß sie es nicht verstanden, die deutsche Rätebewegung, die in der Novemberrevolution entstanden war, vom Parlamentarismus weg zur Diktatur des Proletariats zu führen. Viele Arbeiter in den Räten aber glaubten, das Weimarer Parlament sei wahrhaftig die sozialistische Regierung und ordneten die Räte dieser Schwatzbude unter.

Heute gibt es keine Räte. Aber es gibt den Kampf um die proletarische Demokratie bei allen Organisationsfor

weil sie so glaubten ausdrücken zu können: Wir sind gegen die Nazipropaganda!

Die Bourgeoisie weiß genau, daß die SPD/FDP-Regierung genauso die Faschisierung vorantreibt wie die CDU/CSU. Wenn es um Gesetze zur ‚inneren Sicherheit', um Notstandsgesetze, Verfolgung von Kommunisten und Niederknüppelung von Demonstrationen geht, dann ist die SPD-Regierung immer dabei. Aber, fragt sich die Bourgeoisie, haben das die Massen nicht schon durchschaut? Ist nicht das ‚soziale' und ‚friedliche' Mäntelchen der SPD schon zu arg zerschlissen? Sollte die SPD nicht doch besser jetzt schon in Opposition geschickt werden, um dort wieder sich etwas in ihrem Ansehen aufzufrischen?

Der Hass gegen den Faschismus ist lebendig

Nun, Millionen Arbeiter haben tatsächlich noch am 19. November die Illusion gezeigt, die SPD sei ein ‚kleineres Übel' als die CDU/CSU. Aber das darf auch nicht überbewertet werden: Viele haben wie gesagt nicht *für* die SPD, sondern *gegen* die ‚Unternehmerpartei' CDU/CSU, *gegen* eine Partei gestimmt, die sie an die Nazi-Herrschaft erinnerte. Das darf nicht vergessen werden.

Die Polarisierung der Wahlpropaganda in zwei Lager hatte auch zur Folge, daß D"K"P und NPD als ‚linke' und rechte Flügel dieser Lager kaum Stimmen bekamen.

Nach der Wahlniederlage begann eine große Diskussion in der CDU/CSU. Wie haben wir am ehesten die Chance wieder an die dicken Futterkrippen in den Ministerien zu kommen? War es nicht doch falsch, sich groß als ‚Partei der Ordnung' herauszustellen? Nein, sagt Strauß, seht doch unseren Erfolg in Bayern. ‚Berater' aus dem anderen Lager aber sagen, geht doch mehr in die ‚Mitte', redet mal lieber von Reformen, wenn ihr's wieder zu was bringen wollt. Aber jetzt schon ist klar, daß die Wahl zeigte: Das parlamentarische Schauspiel braucht eine solche offen reaktionäre Partei, die den Holzhammer schwingt. Da hat die CDU/CSU noch am ehesten Chancen. Sie bleibt in Reserve und wenn die SPD genügend in den Augen der Massen abgewirtschaftet ist, sagt sie: Wir haben ja schon immer gesagt, daß hart durchgegriffen werden muß!

Schon hat Barzel vorsichtshalber den Fraktionsvorsitz nur für 1 Jahr bekommen. Schon kommen die ersten Ablehnungen des Grundvertrages aus den Landesverbänden ...DU. Wenn es hart auf hart geht, wenn die Imperiali-...tdeutschlands offen an die Einverleibung der ...nn muß eben die SPD wieder in die Re-...DU-Holzhammer ran: ‚Wir haben ja nicht

Die ... chen Wahl... eignet sind, die ... ausplünderung ...

ten und sogar Mitglieder, auf die Propaganda der D"K"P-Führung vom ‚kleineren Übel SPD' hereinfielen und nicht einmal mehr die D"K"P wählten.

Unsere Aufgabe als Kommunisten ist doch, den Massen den revolutionären Ausweg zu zeigen. Wann stellen aber die Massen die Frage nach dem Ausweg? — Dann, wenn sie selbst in ihren Kämpfen mit dem Kapital, mit der Staatsgewalt, die sich schützend vor das Kapital stellt, zusammenstoßen. Aber gerade in diesem Augenblick erfährt die Arbeiterbewegung immer wieder einen Stoß in den Rücken von den Verrätern in den eigenen Reihen: den Revisionisten. Diese versuchen sich mit scheinheiligen Reden von Klassenkampf und Sozialismus an die Spitze der Bewegung zu stellen, um sie im entscheidenden Augenblick wieder an das parlamentarische System zu ketten.

Bei welchem Streik, den die Arbeiter selbständig führen, bei welcher Schienenblockade gegen Tariferhöhung bei den Nahverkehrsmitteln, bei welcher Hausbesetzung kann denn aber ein SPD-Abgeordneter aus Bonn noch anreisen und abwiegeln mit Reden über ‚soziale Reformen'?

Wie war es denn in der Studentenbewegung? Da spitzte sich kurzfristig die revolutionäre Bewegung in der Studentenschaft stark zu. Die SPD hat eine ihrer Studentenorganisationen nach der anderen ausgeschlossen, nur weil die es wagten, öfters einmal von Klassenkampf zu reden.

Eine dieser Organisationen war der ‚Sozialdemokratische Hochschulbund'. 10 Tage nach der Wahl gewann die SPD einen Prozeß gegen den SHB. Ab jetzt darf er sich nicht mehr ‚sozialdemokratisch' nennen. Niemand soll auf die Idee kommen, die SPD hätte irgend etwas mit ‚Klassenkampf' im Sinn, von dem der SHB gelegentlich redet.

Auf der anderen Seite aber haben es die Revisionisten (Spartakus, Hochschulgruppe der D"K"P und andere) in kurzer Zeit geschaft, die Mehrheit im VDS zu erringen. Wer ist also hier gefährlicher für die revolutionäre Bewegung?

Die Gefährlichkeit der Revisionisten in der Arbeiterbewegung ist aber noch größer!

Agenten in unseren Reihen

Am gefährlichsten sind jene bürgerlichen Agenten, die versteckt in unseren Reihen mitmarschieren. Schauen wir wieder ins Ruhrgebiet. Da wählten die Arbeiter 29 SPD-Abgeordnete. Ganze 5 davon kamen aus den Betrieben. Einer dieser 5 hieß z. B. Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau. Schmidt kann aber bei den Kumpeln nur Pfiffe ernten, wenn er sich auf den Pütt wagt. Dann gibt es

men, die spontan aus dem Kampf der Arbeiter entstehen (Streikrat, Demonstrationsleitung, Gewerkschaftsopposition u. a.).

Und hier gilt es vor allem für Kommunisten zu arbeiten. Hier müssen wir auch heute den Unterschied zwischen dem parlamentarischen Schwindel und der proletarischen Demokratie erklären. Hier muß die Notwendigkeit aufgezeigt werden, daß diese bürgerliche Diktatur im Gewand der ‚Demokratie' zerschlagen werden muß und durch die Diktatur des Proletariats in Form der Räteherrschaft ersetzt werden muß.

In seiner Schrift geht Lenin auf ein weiteres Problem ein, das sich auch einigen Genossen bei uns im Laufe und nach dem Wahlkampf stellte.

Einige Genossen waren durch die riesige Aufmachung des Wahlrummels und durch die starke Politisierung des gesamten Lebens von Millionen von Werktätigen sich nicht mehr ganz klar über die Hauptaufgabe, die nach wie vor sich der KPD/ML stellt: Die Gewinnung der Fortschrittlichsten des Proletariats für den Kommunismus. Statt dessen hofften sie vergebens, die Partei müsse in diesem Wahlkampf Hunderttausende agitieren und zum Kampf führen.

Lenin aber schreibt: Die Kommunistische Partei durchläuft im allgemeinen zwei Phasen. In der ersten Phase ist die Hauptaufgabe die Gewinnung der fortschrittlichsten Proletarier für den Kommunismus und die Schmiedung einer festen Kampfpartei. So werden die Voraussetzungen geschaffen, erfolgreich das Werk der Führung der Millionen Arbeiter, Werktätigen und der Bündnisschichten zur Revolution zu meistern.

Zweifellos befinden wir uns heute noch in der ersten Phase. Wir machen täglich weitere Fortschritte und revolutionäre Ungeduld ist nicht angebracht. Kämpfen wir weiter um jeden fortschrittlichen, klassenbewußten Kollegen; kämpfen wir für die Einheit aller Kommunisten in unserer Partei; führen wir weiter den Kampf für die Verankerung in allen Großbetrieben. Genossen, der Sieg wird unser sein!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

* *

* Bei den Jugendlichen ist das neue Wahlgesetz nicht ausschlaggebend gewesen; auch jene Jugendlichen, die im allgemeinen das Kreuzchenmachen ablehnen, obwohl sie schon wahlberechtigt sind, beteiligten sich diesmal an der Wahl.



Bochum, den 26. 11.

Liebe Genossen!

... Besonders freue ich mich darüber, dass die sektiererische Sprache immer mehr (im RM) zurückgeht. Ein gutes Beispiel dafür ist das Flugblatt der Roten Garde in München (RM Nr. 23, S. 12). Leider wird aber immer noch in einzelnen Artikeln 'sektiererisch dahergedonnert'. Warum schreibt man z.B. immer 'speichelleckerische' D'K'P-Führer? Dieses Wort habe ich noch nie von einem Arbeiter gehört, einfach deswegen, weil Arbeiter viel einfacher und nicht so aufgedonnert sprechen. Ausserdem glaube ich auch nicht, dass man dadurch ehrliche D'K'P-Genossen überzeugen kann.

Ihr fordert uns auf, etwas zur kommunistischen Moral zu schreiben. So ist es meiner Meinung nach eine falsche Ansicht, dass kommunistische Moral etwas mit der Rocklänge oder mit Pop-Musik, oder mit langen Haaren bei Genossen zu tun hat. Vielmehr müssen wir uns fragen: Nützt oder schadet unsere Lebensweise der Revolution? Wenn man die Frage so stellt, dann heisst kommunistische Moral beispielsweise: Solidarität mit allen Unterdrückten, aber auch Solidarität in scheinbar nebensächlichen Fragen (z.B. mal auf die Kinder von Kollegen und Genossen aufpassen). Das heisst auch: persönliche Bescheidenheit. Wenn z.B. jemand aufwendig lebt oder einen dicken Wagen fährt, fällt es mir ziemlich schwer zu glauben, dass er ein Genosse ist. Das heisst auch: Opferbereitschaft für die Partei, z.B. finanziell. Und das heisst auch, eine bestimmte Art von Humor zu haben, den Massen deutlich zu machen: Weil ich Kommunist bin, macht mir das Leben Spass, eben weil es Spass macht zu kämpfen und zu sehen, wie es vorwärtsgeht. Ein ausgezeichnetes Beispiel dafür ist der Kommunist Gratsch aus dem Roman 'Die Krähe ist ein Frühlingsvogel'. Oder studieren wir doch z.B. mal die Schriften des Vorsitzenden Mao, etwa 'Über den Parteischematismus', wo Genosse Mao Tse-Tung auch mit viel Humor an sehr ernste Fragen herangeht.

Das sind zunächst einmal die Punkte, die mir spontan bei der Frage 'kommunistische Moral' einfallen. Ob dann der Rock kurz oder lang ist, ob ich gerne die 'Stones' höre oder nicht, ... ist dann völlig uninteressant, wenn ich in der obenbeschriebenen Weise lebe.

RM-Redaktion: Richtig ist die Ausgangsfrage: Nützt mein Verhalten der Sache der Revolution oder nicht. Nicht ganz richtig ist aber, wenn Du schreibst, es sei 'völlig uninteressant', ob ich gerne die 'Stones' höre usw. oder nicht. Schliesslich sind die Stones z.B. nicht eine 'persönliche Geschmacksfrage', sondern die 'Stones' und die ganze Pop-Kultur dienen wie alle kulturellen Erzeugnisse der Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung, zur Vergiftung des Volkes mit bürgerlichen Anschauungen, bürgerlicher Moral. Nicht umsonst verdienen solche 'Stones' usw. Millionen und werden mit Millionenaufwand herausgeputzt. Auf dem Gebiet der Moral gibt es also auch Klassenkampf und jeder muss sich fragen: Welche Moral verbreitet die Bourgeoisie, was setzt dem die Arbeiterklasse entgegen. Insofern hat die kommunistische Moral schon etwas mit Pop-Musik – oder um ein krasseres Beispiel zu wählen: mit Pornographie – zu tun. Sie ist gegen die bürgerliche Pop-Musik und Pornographie gerichtet. Aber recht hast Du, wenn Du meinst, dass kurze Haare bei Genossen (oder wenn einer stundenlang Arbeiterlieder absingt) das allein noch lange nicht ein Zeichen von proletarischer Klassenmoral sein muss.



Liebe Genossen!

... Gerade diese Spalterpolitik, die die 'KPD'-Gruppe charakterisiert und die beweist, wie sie den Revisionisten immer ähnlicher werden, ist im Artikel (des Roten Morgen Nr. 20/72) zur 'KPD'/AO etwas zu kurz gekommen. Allein hier aus Westberlin könnten wir Euch Dutzende Beispiele bringen: .... (Es folgt nun wahrhaftig die Aufzählung eines Dutzend von Beispielen. Warum wir sie nicht alle abdrucken – siehe Antwort der Redaktion).

Anhand dieser Beispiele kann man sehen, dass die 'KPD'/AO-Gruppe immer mehr der Bourgeoisie nutzt, weil sie spaltet, genauso wie die Revisionisten von D'K'P und SEW spalten.

Vorwärts mit der KPD/ML!

Rot Front!
Genossen des KSB/ML Westberlin

RM-Redaktion: Genossen, warum haben wir die Aufzählung der Beispiele nicht abgedruckt? Weil mit einer kurzen Aufzählung unseren Lesern nicht gedient ist, die diese Spaltungsmanöver nicht aus eigener Erfahrung kennen.
Zu Eurer Kritik: Wir haben in jenem Artikel fast nur ideologische Fragen angeschnitten und die Auswirkungen in der Praxis nicht mit hereingenommen. Die Spalter**praxis** dieser Gruppe haben wir schon einige Male anhand konkreter Anlässe (z.B. Dortmunder Demonstration gegen die Ausländergesetze) aufgezeigt und werden das auch weiter tun, entsprechend der politischen Bedeutung dieser Gruppe. Wichtig ist jedoch, dass die Leser des Roten Morgen und alle Genossen die ideologische Grundlinie dieses Spaltertums erkennen, die sich hinter einem Schwall 'gelehrter' Worte verbirgt: der Führungsanspruch kleinbürgerlicher Intellektueller über die Arbeiterbewegung. Weiter ist die Erkenntnis wichtig, wie dieses Spaltertum bekämpft werden kann, indem man die revisionistische Grundlage eines solchen Spaltertums aufzeigt, in allen konkreten Fällen den Revisionismus in seinen Schattierungen nachweist und die korrekte revolutionäre Politik entgegensetzt. Uber einen solchen **praktischen** Kampf um die Einheit der ehrlichen Marxisten-Leninisten müsst ihr ausführlicher berichten, denn, gerade ihr Genossen von den Universitäten Westberlins, kämpft ja dort, wo die 'KPD'/AO-Gruppe ihren Ursprung und ihre Hauptbasis besitzt.

BERICHT AUS GIESSEN

Wie die Trotzkisten praktisch die Revisionisten unterstützen, habe ich hier in Giessen bei einer D'K'P-Veranstaltung erlebt:
Nachdem Genossen von uns den Verrat der D'K'P an den Arbeitern entlarvt und angegriffen hatten, trat ein Trotzkist ans Mikrofon und erklärte feierlich: "Wir vom Spartacus/Bolschewiki-Leninisten unterstützen die DKP in ihrem Wahlkampf, weil sie derzeit die einzige Arbeiterpartei ist. Wir machen das allerdings nicht unkritisch."

Als die D'K'P-isten im Saal hämisch grinsten, jammerte er, dass diese Unterstützung wohl nicht allen hier recht sei, dass aber der Mies vom D'K'P-Vorstand in Ulm sich dafür beim 'Spartacus/BL' bedankt habe und bettelte damit um die Anerkennung der Revisionisten. Dazu passt, dass er seinen Beitrag dann so fortsetzte: "Eigentlich wollte ich ja noch etwas zur D'K'P-Politik sagen, aber jetzt scheint es mir doch wichtiger, die Sektierer vom Roten Morgen zu kritisieren." Darauf folgte ein Angriff auf uns und den Genossen Stalin. Dann setzte er sich, ohne noch etwas gegen die D'K'P und ihren reformistischen Wahlzauber gesagt zu haben und wartete auf Applaus. Der allerdings kam nicht. Der Trotzkist hat sich mit seinen Anbiederungsversuchen gehörig blamiert.

RM-Redaktion:

Die Trotzkisten sind genauso Feinde der Arbeiterbewegung, der Revolution, wie die Revisionisten. Wenn sie auch meist nicht so starken Einfluss in der Arbeiterbewegung besitzen, wie die Revisionisten.
Allerdings gebrauchen sie teilweise verschiedene Methoden des Betrugs. Wenn **zur Zeit** die Trotzkisten bei uns vor allem die Absicht zeigen, die revolutionäre Bewegung in die Fänge der D'K'P zu leiten, so heisst das nicht, dass das immer so war und immer so sein wird. Z.B. war die Losung der Trotzkisten bei der Bundestagswahl 69 noch gewesen: 'Raus mit den Unternehmerministern der FDP! Für eine starke SPD-Arbeiterregierung!' Diese Losung wurde damals vor allem in die revolutionäre Studentenbewegung getragen, die weniger aus der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus, als aus der Kritik an der SPD sich entwickelte (z.B. SDS). Die revolutionären Kräfte in der Studentenschaft sollten so wieder an die SPD gebunden werden. Heute, wo auch in der Studentenschaft offensichtlich die Revisionisten den grössten Einfluss haben, wird eben nicht mehr die SPD, sondern die D'K'P als 'Arbeiterpartei', als revolutionäre Partei hingestellt.
Morgen allerdings – und so ist es heute schon z.B. in Italien und Frankreich – werden sich die Trotzkisten häufiger auch bei uns als 'Maoisten' tarnen, wenn die revolutionären Massen beginnen, sich von den Revisionisten abzuwenden. (Natürlich gibt es auch bei uns bereits etliche Trotzkisten, die sich als Marxisten-Leninisten verkleidet haben). Um was es geht, ist die besondere Methode der Trotzkisten: Vollkommen prinzipienlos – und daher 'ungebunden' – in der revolutionären Bewegung mitmarschieren, um sie jeweils mit der entsprechend veränderten Fahne in die Irre zu führen.

Wahlkampfveranstaltung in Kiel

Kiel. (RM). Einen Tag vor der Bundestagswahl führte die Kieler Ortsgruppe der KPD/ML ihre Grossveranstaltung anlässlich des Bonner Wahlschwindels durch. Vorausgegangen waren mehrere kleinere Veranstaltungen in einigen Stadtteilen von Kiel und eine an der Universität. Über 500 Freunde, Kollegen und Genossen kamen zur zentralen Veranstaltung, so dass der Saal überfüllt war. Der Kieler Agit-Prop-Trupp der Partei begeisterte uns durch viele revolutionäre Lieder. Die Genossen schufen dadurch eine ausgezeichnete Stimmung.

Der Höhepunkt dieser Veranstaltung war die mitreissende Rede unseres Parteivorsitzenden, Genossen Ernst Aust.

Genosse Aust entlarvte anschaulich die 'Soziale'- und 'Friedens'-Politik der SPD und zeigte auf, dass die SPD in Wirklichkeit keineswegs ein kleineres Übel ist als die CDU/CSU. Das sind nur einige der 'Errungenschaften' der SPD/FDP-Regierung in der letzten Zeit: Erweiterung der Notstandsgesetze, Erhöhung der Lebensmittelpreise um etwa 30 %. Stillegungen und Massenentlassungen nehmen zu. Lohnraub durch die 'heilige Dreieinigkeit' aus Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsführung.

Hinter der 'Friedenspolitik' steht nach wie vor der Drang des westdeutschen Imperialismus nach Osten. Darum gibt es keine völkerrechtliche Anerkennung der Souveränität der DDR – auch nicht mit dem Grundvertrag. Die Bundeswehr wird immer schneller aufgerüstet, gleichzeitig nimmt die wirtschaftliche Expansion nach Osten zu usw.
Denjenigen 'Kommunisten', die uns raten dennoch SPD zu wählen, damit sie sich in den nächsten 4 Jahren noch besser entlarven gab Genosse Aust die passende Antwort: "Das heisst doch, dass man jemandem empfiehlt, sich mit dem Hintern auf den heissen Ofen zu setzen, damit er merkt, dass man sich verbrennt."

Genosse Aust zeigte auch klar auf, dass eine Wahl der D'K'P keine Alternative darstellt. Die D'K'P ist wie jede bürgerliche Partei auf den Wahlrummel, den Volksbetrug, eingeschworen und versprach das Blaue vom Himmel: stabile Preise, weniger Rüstungsausgaben, bessere Gesetze, und das alles auf dem friedlichen Weg ins Parlament.

Dem setzte der Redner den einzigen Ausweg aus den kapitalistischen Krisen und den imperialistischen Kriegen entgegen: Die Revolution, die wir heute schon im tagtäglichen Kampf vorbereiten müssen!

Der Beitrag wurde unter langanhaltendem, begeistertem Beifall beendet. Das war die richtige Atmosphäre für die Aufführung des Parteifilms: 'Reform oder Revolution'. In diesem wurde anhand der historischen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung plastisch verdeutlicht die verräterische Rolle der SPD und ihres Reformismus in den zwanziger Jahren und die Rolle der heutigen Handlanger der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, den modernen Revisionisten.

Mit dem Gesang der Internationale und einem dreifachen 'Rot Front' wurde diese 3. Grossveranstaltung der KPD/ML in Kiel innerhalb eines halben Jahres erfolgreich beendet.

Berichtigung

Im RM Nr. 24 S. 8 wurde im Artikel: 'Bürgerlicher Wahlschwindel – oder Rätedemokratie' durch einen technischen Fehler ein Absatz im Text ausgelassen. So heisst es unter 1., dass in der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie die Abgeordneten laut geltendem Gesetz 4 Jahre lang ihre Wahlversprechungen brechen können wie sie wollen. Hier fehlte nun die Gegenüberstellung der Rätedemokratie: Eines ihrer wichtigsten Prinzipien ist die jederzeitige Abberufbarkeit und Abwählbarkeit der Volksvertreter.

Im RM Nr. 24 S. 1 ist die Überschrift 'Prozess eröffnet' (gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust) unzutreffend. Nach der juristischen Namensregelung ist ein 'Prozess eröffnet' erst mit Eröffnung der Verhandlung. Genosse Ernst Aust hat jetzt aber erst die Anklageschrift erhalten. Gegen die Eröffnung der Verhandlung hat er inzwischen Einspruch erhoben, da weitere, noch schwerwiegendere Ermittlungen gegen ihn laufen und er deshalb auf Zusammenfassung in einer Hauptverhandlung besteht.

EIN JAHR NACH DEM SIEG ÜBER DAS LIQUIDATORENTUM:

DIE BOLSCHEWISTISCHE PARTEI IST STÄRKER ALS ALLE LIQUIDATOREN!

Das war die mutige Überschrift im Roten Morgen, unter der die KPD/ML vor einem Jahr zum entschlossenen Kampf gegen die kleinbürgerlichen Anschläge auf die Partei aufrief. Diese Parole zeigt das unbegrenzte Vertrauen, das die standfesten Genossen in die KPD/ML hatten: Eine Partei, die entstanden ist im Klassenkampf, fest basierend auf den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus und geleitet vom Marxismus-Leninismus und den Mao-Tsetung-Ideen.

Dieser feste Kern der Genossen hat das Bewusstsein über die Stärke der bolschewistischen Linie in einer Zeit bewiesen, als die Existenz der Partei ernsthaft bedroht wurde. Ein Jahr Parteigeschichte hat bewiesen, dass die Genossen recht hatten. Sie hatten recht, wie Stalin recht hatte, als er sagte: "Eine Partei stärkt sich, indem sie sich säubert."

Die KPD/ML hat sich in jener Zeit nicht nur von schwankenden und kleinbürgerlichen Elementen gesäubert, sie hat sich im Kampf gegen deren parteifeindlichen Machenschaften auch gestählt und fest zusammengeschlossen wie noch nie.
Es liegt uns natürlich fern, zu behaupten, dass die schwierige Lage vor einem Jahr nur durch die Machenschaften opportunistischer Elemente entstanden ist. In den Roten Morgen, die nach dem obenerwähnten Artikel erschienen, legte das 1. ZK eine grundlegende Selbstkritik über die eigenen Fehler ab. Damit war der Weg freigelegt für eine weitere Ausrichtung und Festigung der KPD/ML. Einen Höhepunkt in dieser Entwicklung wurde durch den 2. Parteitag im Sommer dieses Jahres erreicht.

Die sektiererischen und rechten Abweichungen, die bis dahin in der Parteidiskussion unter Führung des ZK aufgedeckt wurden, wurden vom 2. Parteitag in allen Fällen einstimmig und verbindlich verworfen. Es wurde der Weg zur praktischen Überwindung dieser Abweichungen gewiesen.

Seit diesem 2. Parteitag hat unsere Partei von Woche zu Woche bewiesen, dass sie aus dem Kampf gegen das Liquidatorentum, die Versöhnler und aus der Überwindung eigener Fehler, als bolschewistische Kampfpartei gestärkt hervorgegangen ist.
Wer heute der KPD/ML noch den Vorwurf des Revisionismus macht, der macht sich lächerlich. Die Partei hat an allen Fronten heute in der Tat den Gegenbeweis angetreten. Unversöhnlich hat sie den Kampf gegen den Revisionismus in allen Schattierungen geführt, unverbrüchlich ist ihr Bekenntnis zur revolutioären Gewalt. Sie hat die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats niemals von ihrer Fahne gestrichen, sie hat der Tatsache Rechnung getragen, dass auch bei uns die Haupttendenz Revolution ist. Sie geht überall klar aus von dem Bewusstsein, dass der Sozialismus hier bei uns notwendiger denn je ist und als einzige Alternative zu dem immer fauler und reaktionärer werdenden imperialistischen System steht. **Von diesem Bewusstsein ist die Stärke unserer Partei geprägt.**

Dieses Bewusstsein ergreift immer breitere Teile der Arbeiterklasse und revolutionärer Kräfte. Sie sehen, wer kämpft, und sie reihen sich ein in die Reihen der KPD/ML.

Den Beweis der Stärke der bolschewistischen Partei, den die KPD/ML mitten im Klassenkampf angetreten hat, hat dazu geführt, dass schon heute ein grosser Teil der irregeführten Genossen von damals auf den richtigen Weg zurückgefunden haben. Viele Genossen haben ihre damaligen Fehler erkannt und zur Partei zurückgefunden.

Die Spreu trennt sich weiter vom Weizen. Die Partei hat viele Kinderkrankheiten überwunden, die revolutionäre Kampfpartei der Arbeiterklasse lässt sich keinen Fingerbreit mehr in den Morast des sterbenden Zirkelwesens hinabzerren.

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!
VON DEN BOLSCHEWIKI LERNEN, HEISST SIEGEN LERNEN!

WEHRREFORM

eine der Reformen Brandts

Eine gemeinsame Truppenübung führten amerikanische und westdeutsche Soldaten bis zum 8. Dezember im Raum Gießen-Fulda-Bad Hersfeld durch. An dem Manöver waren mehr als 35 000 Soldaten beteiligt; es wurden 2 000 Kettenfahrzeuge; 150 Hubschrauber und etwa 70 Düsenjäger eingesetzt.



Manche Kollegen fragen: Müssen wir aber nicht zu unserer Verteidigung Opfer bringen?

Ohne uns

Nun, Kollegen, was sollen wir denn überhaupt verteidigen? Das bißchen Eigentum im Besitz von Arbeitern, armen Bauern, unteren Angestellten und anderen Werktätigen? Gebrauchsgüter, Autos, landwirtschaftliche Anwesen, Eigenheime, erspartes Geld, Ansprüche auf Privatversicherungen usw., das will uns kein Mensch nehmen außer 'unseren eigenen' Kapitalisten und ihrem Staat natürlich. (Steuererhöhungen, Inflation). Akkordhetze am Band, Betriebsunfälle, immer noch steigen

zahlungen herumschlagen. Und jetzt ist noch eine gute Zeit im Vergleich zu einer Krisenzeit, wenn sich fast jeder von uns um seine Arbeitsstelle ängstigen muß.

Sollen doch gefälligst die Herren von Fabriken und Banken ihr zusammengerafftes, erschachertes Kapital selbst verteidigen! Sie werden noch Gelegenheit dazu haben, wenn es den Arbeitern zu bunt wird.

Was wird da ausgebrütet?

Die Bundesregierung hat zur Erarbeitung der Reformvorschläge

Nach der Ableistung des 15-monatigen Wehrdienstes besteht für die Soldaten die Verpflichtung zu einer Verfügungsbereitschaft von drei Jahren. Innerhalb dieser Zeit müssen zwei Wehrübungen von je 14 Tagen Dauer bei den Kaderbrigaden abgeleistet werden.

Die nicht Eingezogenen müssen eine 'Ausgleichsabgabe' in Höhe von 1 500 DM zahlen; die Wehrpflichtigen erhalten dafür einen Steuerausgleich in der selben Höhe. Gediente Wehrpflichtige sollen bei der Vergabe von Darlehen und Sozialwohnungen bevorzugt werden.

Der Grund: Die jetzigen 33 Brigaden entsprechen den Anforderungen der NATO nicht, sie sind ihr noch nicht schnell genug einsatzfähig.

Mit den Vergünstigungen für Wehrpflichtige soll dem immer mehr steigenden Unwillen der Soldaten gegen die Bundeswehr entgegengesteuert werden. Das ist ein Köder, um Soldaten aus der werktätigen Bevölkerung an diese Armee zu binden, die ausschließlich zur Sicherung der Kapitalinteressen da ist.

Die Wehrstruktur-Kommission lehnte aus 'gesellschaftlichen und militärischen Gründen' die Umwandlung der Bundeswehr in ein Milizsystem ab. Die Miliz beruht auf einer stark dezentralisierten Organisation der Wehrpflichtigen. Steckt da nicht zum Teil hinter den 'gesellschaftlichen' Gründen die Befürchtung der Generalstäbler, die Soldaten eines Milizsystems mit weniger straffen Kontroll- und Befehlszwängen sind noch schwieriger in einem Angriffskrieg und bei der Niederschlagung von inneren Unruhen im Krisenfall einzusetzen?
In einem Milizsystem bewahren die entlassenen Soldaten die Waffen bei sich daheim auf. Die Militärplaner trauen anscheinend ih-

machung hinaufschnellen. Wozu könnten diese Sicherungskompanien dienen?
Sicherungskompanien sind doch wohl zur Besetzung und militärischen Absicherung eines eroberten Gebietes notwendig. Ist dabei z.B. an die DDR gedacht worden, wenn eine günstige weltpolitische Lage ihre Einkassierung erlaubt? Schließlich hat sich die Bundesregierung in den Ostverträgen erfolgreich vor der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR gedrückt,

d.h. sie erhebt nach wie vor einen Anspruch auf das Staatsgebiet der DDR!
Dieser Verdacht liegt umso näher, als auch 6 Heimatschutzkommandos geplant sind, die im Kriegsfall militärisch wichtige Objekte (auch Fabrikanlagen!) in der Bundesrepublik bewachen. Warum sind die 'Sicherungskompanien' organisatorisch von den Heimatschutzkommandos getrennt, wenn da nicht an eine Sicherung außerhalb der 'Heimat' gedacht wird?

Wird es zum Ernstfall kommen?

Die Soldaten in der Bundeswehr bringen ihren Unwillen in vielen Formen zum Ausdruck. Die militärischen Sachverständigen haben Grund zu ihren Sorgen um die 'Wehrkraft' der Bundeswehr. Die Zahl der Wehrdienstverweigerer wächst, beim 'Bund' wird viel passiver Widerstand geleistet, der Dienst mürrisch und verdrossen geleistet, von militärischer Begeisterung weit und breit keine Spur! Wenn der Widerstand auch meist noch auf einer gefühlsmässigen Abneigung gegen den Barras beruht, muß man doch sehen, was dahintersteht, was sich jetzt noch nicht klar ausdrücken kann.

Die aktivste Form des antimilitaristischen Widerstands in der Bundeswehr, das sind heute die antimilitaristischen Soldatenkomitees.

Sie leisten in der Bundeswehr das gleiche, wie z.B. die gewerkschaftsoppositionellen Arbeitergruppen im Betrieb.

Die Imperialisten und ihr Generalstab müssen damit rechnen: Stürzen wir uns wieder in ein militärisches Abenteuer oder befehlen wir den Einsatz gegen die Arbeiterklasse, dann wird der Schuß nach hinten losgehen!

Der 'Mittag' bringt's ans Licht

Günther Mittag, Politbüro-Mitglied der SED, lobte vor dem Zentralkomitee am 7. Dezember die Errungenschaften des Grundvertrags. "Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten (können) sich positiv entwickeln", meinte er. In welcher Hinsicht, das zeigte er in seinem Referat sehr deutlich.

Er forderte die staatlichen ... ein. Und hier haben wir also ein

die Mieten und Preise, Unsicherheit im Beruf, Entlassungen zeigen uns doch, daß wir soviel nicht zu verlieren und zu verteidigen haben. Die Geldentwertung frißt die kleinen Sparguthaben, wieviele Werktätige können die 'Flucht in die Sachwerte' antreten? Auf dem kleinen Eigentum, auf Wohnhäusern und Bauernhöfen lasten oft genug hohe Hypotheken, die Kleinbesitzer müssen sich mit Tilgungsraten und Ab-

eine Wehrstruktur-Kommission eingesetzt.
Diese Kommission schlägt jetzt der Bundesregierung vor:

Das Heer soll in 24 Vollbrigaden und 12 Kaderbrigaden umgegliedert werden. Die Kaderbrigaden haben nur 30 % des vollen Mannschaftsbestandes; sie sollen aber im Mobilmachungsfall innerhalb weniger Tage durch Reservisten auf Kriegsstärke gebracht werden.

tarplaner trauen anscheinend ihren Pappenheimern nicht. Sie selbst schätzen den Stand des kapitalistischen Systems nicht so dauerhaft ein, daß sie das riskieren wollen.

Bei der Studie der Wehrstruktur-Kommission, wie die Streitkräfte am Ende der geplanten Reform aussehen müßten, fällt der Begriff **'Sicherungskompanien'** auf. Ihre Zahl soll von 0 in Friedenszeiten bis 300 bei der Mobil-

Er forderte die staatlichen Organe auf, die Privatinitiative 'großzügig' zu fördern. So sollen die Behörden für Einzelhandelsgeschäfte, Handwerker, Gastwirte und private Personen in **Erholungsgebieten** öfters die Gewerbeerlaubnis erteilen. Vor allem auf dem Gebiet der Dienstleistungen müsse die Privatinitiative gefördert werden. ''Die gesetzlichen Grundlagen sind dazu vorhanden'' – so Günther Mittag.

Mit Privatinitiative ist natürlich das Gleiche gemeint wie bei uns: die kapitalistische Initiative. Statt wie im wirklichen Sozialismus, den kapitalistischen Sektor im Kleingewerbe, Handwerk usw. zurückzudrängen, wird er in der DDR immer mehr ausgedehnt. Damit aber wird natürlich auch das kapitalistische Denken weiter verbreitet. Und im gleichen Atemzug redet Mittag in seinem Referat vom 'verstärkten Kampf an der ideologischen Front' gegen die kapitalistische Ideologie, die jetzt nach dem Grundvertrag natürlich stärker eindringe.

Aber es dringt nicht nur die kapitalistische Ideologie verstärkt ein, es dringt auch verstärkt ein Touristenstrom aus dem Westen ein. Und hier haben wir also ei[n] dieser 'positiven Seiten' d[es] Grundvertrages. Wenn die DD[R] schon auf Geheiß Moskaus d[ie] Grenzen aufmachen muß, dann wi[ll] sie wenigstens wie die ander[en] revisionistischen Staaten Ungar[n], CSR, Polen usw. auch am Tour[i]stenstrom verdienen. Denn: Bi[s]lang wurden die Erholungsstätt[en] für DDR-Bürger zurecht als au[s]reichend und gut dargestellt. Ab[er] für die Dollar- und Westmar[k]schwere Touristen aus dem W[e]sten reichen der Platz und di[e] Dienstleistungen nicht hin. Da[]rum eben: kapitalistische Priva[t]initiative in Erholungsgebieten.

Der Mittag hat es wieder ein[]mal an den Tag gebracht: In d[er] DDR wird der Kapitalismus imme[r] rascher aufgebaut, denn die neu[e] Bourgeoisie lernt immer besse[r] das Profitscheffeln. Die Arbeite[r] und Werktätigen in der DDR stan[]den bis vor kurzem noch oft vo[r] leeren Geschäften, die polnisch[en] Grenzgänger ausgekauft hatten. Der DDR-Arbeiter sieht nun au[f] sich zukommen, daß der FDG[B] seinen Platz im Erholungsheim streicht: der Platz ist leider be[]reits von Devisenbringern aus dem Westen besetzt, Kollege.

Mieten in der DDR

...wenn die Bonzen könnten

Die Mieten in der DDR werden oft lobend im Vergleich zum Mietwucher bei uns erwähnt. Nun, es gibt keine Frage, daß 'drüben' im allgemeinen die Mietverhältnisse für die Werktätigen besser sind, als bei uns. Nur: Keine Illusion darüber, daß die Politik der heutigen Regierung der DDR eine 'sozialistische' Politik auf dem Wohnungsgebiet ist. Die billigen Wohnungen rühren schließlich daher, daß in der Zeit nach 45 unter der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in der DDR eine sozialistische Bau- und Wohnungspolitik durchgesetzt wurde. Und diese sozialistischen Errungenschaften lassen sich nicht von heute auf morgen abschaffen. Die heutige Bourgeoisie in der DDR redet von 'Sozialismus' und baut den Kapitalismus in der Praxis auf. Auch in Punkto Mieten. Aber die Angst vor dem Erwachen der Werktätigen in der DDR läßt sie vorsichtig zu Werk gehen.

So wurde am 17. März 1966 durch einen Erlass der Regierung der DDR die Mieten für die neuen Wohnungen erhöht – und zwar so, dass sie nunmehr 'die Kosten decken' (also ähnliche Begründung wie bei uns). Unmittelbare Folge: in allen modernen Hochhäusern stiegen die Mieten um 200 bis 400 %. Eine Vierzimmerwohnung am Fischerkietz in der Hauptstadt kostet 460,-- DM im Monat. Wenn man bedenkt, dass der **Mindest**lohn eines Arbeiters rund 350,-- DM beträgt, sieht man die tiefe Arbeiterfeindlichkeit dieser Massnahme.

Wer zog also ein, in die neuen Hochhäuser am Leninplatz und am Fischerkietz in Berlin? Ausschliesslich Intellektuelle, höhere Staats- und Parteifunktionäre, Vertreter der herrschenden neuen Bourgeoisie in der DDR!

Nun haben sich die Arbeiter nicht für dumm verkaufen lassen: In Halle-Neustadt haben sich die Arbeiter, die in solche Wohnungen eingezogen waren, geweigert, eine so hohe Miete zu zahlen. Und das war durchaus nicht eine Einzelaktion, sondern eine massenhafte Widerstandsbewegung, die die Sympathie aller Werktätigen und vieler einfacher Mitglieder der SED genoss. Natürlich verlor die revisionistische Presse kein Wort darüber.

Nach 4 Jahren solchen Widerstandes mussten die SED-Bonzen einen Rückzieher machen: Im März 1972 haben sie den Erlass von 1966 annulliert, die Mieten sollten wieder sinken. Herrscht vielleicht doch noch Sozialismus in der DDR? Keineswegs. Vielmehr zeigt sich darin, dass die neue Bonzokratie, die den Werktätigen der DDR im Nacken sitzt und sie ausbeutet, keinen besonders festen Boden unter den Füssen hat. Die Honecker-Stoph-Clique erinnert sich sehr gut an den 10. Dezember 1970, als in den Küstenstädten Polens Arbeiter mit der roten Fahne gegen ihre revisionistischen Unterdrücker demonstrierten. Damals wurden die Arbeiterdemonstrationen von der angeblichen 'Arbeiterregierung' in Warschau niedergeschossen.

Auch die Revisionisten-Clique in Ostberlin wird sich nicht scheuen, das Feuer zu eröffnen, wenn es ihr an den Kragen geht. Giereck setzte die Lebensmittelpreise herunter, Stoph die Mieten – beide aber haben nur eines im Sinne: den Kapitalismus weiter aufzubauen. Unsere Solidarität gilt unseren kämpfenden Klassenbrüdern in der DDR!

Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Geschichte macht!
Mao Tsetung

– Anzeige –

Bücher aus dem Verlag ROTER MORGEN

J. W. Stalin, **'Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion'** **6,00 DM**
Format 20 x 14,5 cm, 242 Seiten

S. Mstislawski, **'Die Krähe ist ein Frühlingsvogel'**
(Roman). Format 14,5 x 10,5 cm, 404 Seiten **8,50 DM**

N. Ostrowski, **'Die Sturmgeborenen'** (Roman)
Format 19,5 x 13,5 cm, 224 Seiten, **6,50 DM**

'Der Roman 'Die Sturmgeborenen' wird ab sofort ausgeliefert. Die 'Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus' bittet alle Kunden, die bisher vergeblich auf die Lieferung gewartet haben, um Verständnis, da nicht vorherzusehende Schwierigkeiten aufgetreten waren).

Bestellungen an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus**

2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchA Hamburg, Kto.Nr. 1935 72 - 207